

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erschient täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)  
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühren

beträgt für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

## Den Zukunftsstaats-Männern

ein arges Mißgeschick widerfahren. Mit wunderbarer Prägnanz und echt chinesischer Tapferkeit und Kriegskunst hatten sie das Zukunftsstaats-Fragegeheul gegen den höllischen Lärm in die Flucht zu jagen; nachdem sie sich aber davon überzeugt, daß diese chinesische Taktik uns „rothborstige Barbaren“ nur zu einer Lachsalve, nicht aber zur Flucht brachte, ist ihnen die an sich ganz richtige Idee gekommen, sich in zwei Heerhaufen zu theilen, uns an beiden Flanken zu packen und wie zwischen zwei Mühlensteinen zu zermalmen.

Gedacht, gethan. Sie trennten sich, die zwei Heerhaufen wurden richtig formirt, und mit wolkenzerreißendem Barrich ging es zum Angriff.

Aber — und nun beginnt das Wech — wenn unsere Chinesen — Verzeihung unsere Zukunftsstaatsmänner es mit uns rothborstigen Barbaren — wir wollten sagen mit uns „rothen Umstürzern“ zu thun haben, dann ergeht es ihnen stets, wie den „blinden Hesse“, — aus lauter Tapferkeit kneifen sie die Augen zu und stürmen blind dem kampfmuthigen Stier auf das rothe Tuch — worden: die rothe Fahne.

Und das Fechten mit geschlossenen Augen hat seine Nachteile — namentlich wenn die bösen „geistigen Hähnen“ dabei geführt werden sollen.

Genug — das Verhängniß erfüllte sich, das Unvermeidliche geschah. Den Feind sahen sie sich nicht an — blind stürzten sie auf uns ein, blind stürzten sie über den Boden her, blind hauen sie auf den Feind, der natürlich überhaut — hauen, hauen, hauen drauf los, bis zuletzt der Feind nicht davon laufen will, sie endlich die Augen öffnen und sehen — was? Daß sie nicht den Feind, sondern die eigenen Kameraden des anderen Heerhaufens vernichtet haben und von ihnen auch redlich vernichtet werden sind.

Und nun die erstaunte Frage: wie war das möglich? Wie war's möglich? Sie haben es nicht entdeckt — allein wir rothborstigen Barbaren haben ein mitleidiges Herz im Busen, und so tritt denn aus den Reihen der Anführer, die dem tollsten Quiproquo mit vergnügten Stimmen zuschauten, ein besonders weichherziger Geselle an die Unglücklichen heran und löst ihnen das Räthsel, zwar nicht des Zukunftsstaats, aber doch ihrer fürchterlichen Scham- und Selbstabprügelung: „Ihr begreift nicht, Ihr armen Vurschen? Blickt dorthin nach Euren Fahnen! Seht, was auf ihnen steht! Seht Ihr's? Und die

Zerschlagenen schauen hin, und die verdutzten Gesichter ziehen sich in unnatürliche Länge.) —

„Seht doch was auf dieser Fahne steht, und was auf jener.“

„Hier Zwangsstaat, Despotismus, Kasernensozialismus, — Terrorismus — Arbeitsklave werden, Maul halten, die „Führer“ füttern, — das ist der sozialdemokratische Zukunftsstaat.“

„Dort anarchischer Freiheitsstaat — alles auseinander laufend, ein tolles Wettrennen um die fettesten Bissen. Niemand dem Anderen etwas gönnend, allgemeiner Streik gegen das „Stiefelputzen“ und sonstige „abstoßende Arbeiten“, allgemeines Tohu Bobohu im „Freiheitsstall, bewohnt von Gleichheitseseln“ — kurz das wildeste Chaos, das ist der sozialdemokratische Zukunftsstaat.“

„Seht Ihr nun? — oder habt Ihr die Augen nur um nicht zu sehen? — merkt Ihr nun, warum Ihr Euch gegenseitig zerdröschten und zerprügelt habt, zu unserem, der Sozialdemokraten, riesigem Gaudium? Merkt Ihr, oder merkt Ihr nicht, daß Ihr Euer Kanonen gegen einander gerichtet, und daß Ihr mit Euren „geistigen Waffen“ Euch gegenseitig auf die Schädel geklopft habt? Begreift Ihr, oder begreift Ihr nicht, daß Euer sozialdemokratischer Zwangsstaat Euren sozialdemokratischen anarchischen Freiheitsstaat todtschlägt, und dieser jenen?“

„Ihr merkt's? Nein? tant pis pour vous — um so schlimmer für Euch! Dann blamirt und prügelt Euch lustig weiter! Lebt wohl!“

Wir wollen uns nicht so ganz kurzer Hand von den armen Zukunftsstaats-Männern abwenden. Wir haben noch ein paar freundschaftliche Worte an sie zu richten. Also es ist so schwierig, Leute zu finden, welche „die gefährlichen, unangenehmen, ekelhaften Arbeiten“ im „Zukunftsstaat“ verrichten? Nun, wir kennen keine gefährlichere, unangenehmere und ekelhaftere Arbeit als die Krankenpflege. Wohlan — hat es im Gegenwartsstaat jemals an Krankenpflegern und Krankenpflegerinnen gefehlt? Und wird die Krankenpflege nicht zu neun Zehnteln (wir rechnen hier natürlich die Krankenpflege in den Familien mit) freiwillig und mit Freuden verrichtet?

Glaubt man, daß die Menschen im „Zukunftsstaat“, wo der Egoismus und die gemeinen Instinkte keine Nahrung finden, egoistischer und gemeiner sein werden als jetzt?

Und jetzt zum Schluß ganz ernsthaft die Frage nach dem Zukunftsstaat unserer Feinde. Die „Germania“ sucht sich um die heikle Frage herumzudrücken, indem sie meint, alle übrigen Parteien stünden auf

dem Boden der heutigen Gesellschaft und hätten demzufolge keinen Zukunftsstaat, wie die Sozialdemokraten. Das sind jedoch faule Fische. Unter Zukunftsstaat, soweit das Wort überhaupt einen Sinn hat, verstehen wir das Staatsideal, den Idealstaat.

Für Parteien, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, muß es aber selbstverständlich weit leichter sein als für uns, ihr Staatsideal und ihren Idealstaat in festen Unrissen hinzuseichnen. Darum keine Ausflüchte, Ihr Zukunftsstaatsmänner. Heraus mit Euerem Zukunftsstaat!

## Korrespondenzen.

**Stiel, 5. November.** Sozialdemokratischer Wahlsieg. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl siegten die beiden Sozialdemokraten mit großer Majorität über die Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien. Es wurden von 2537 Wählern in Summa 5070 Stimmen abgegeben. Von diesen erhielten: Sozialist: Geschäftsreisender St. Heinkel 1891 Stimmen. Sozialist: Maurer F. Brothahn 1884 Stimmen. Kartell: Schiffreder, Geheim. Kommerzienrath Sartori 1144 Stimmen.

Kartell: Gewerkschaftsdirektor Ahrens 1147 Stimmen.

Bei der vorjährigen Wahl, an der sich die Sozialisten zum ersten Male beteiligten, wurden für die Sozialisten ca. 800 und für die vereinigten bürgerlichen Parteien ca. 1100 Stimmen abgegeben. Es haben sich somit die sozialistischen Stimmen mehr als verdoppelt, während die vereinigten Gegner trotz der größten Anstrengungen keinen Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen haben.

Obgleich schon bei der vorjährigen Wahl sich alle Wähler darüber einig waren, daß ein Wahllokal nicht mehr im Stande sei, die Wähler zu fassen, so war dennoch vom Magistrat die Wahlhandlung auch in diesem Jahre nur in einem Lokale arrangirt. Der Andrang war deshalb ein so enormer, daß nicht nur das geräumige Lokal der „Harmonie“ während der ganzen Dauer der Wahlzeit (Morgens 11 bis Nachmittags 3 Uhr) in wahren Sinne des Wortes vollgepfropft war, sondern die Wähler standen auch auf der Straße und warteten, dicht gedrängt, bis sie eingelassen wurden. Punkt 3 Uhr wurde das Lokal geschlossen, so daß viele Wähler, hauptsächlich Arbeiter, ihre Stimmen nicht abgeben konnten.

Am heutigen Tage sollten weitere zwei Stadtverordnete gewählt werden. Der Sieg hatte so ermutigend auf die Arbeiter gewirkt, daß sie schon beim Beginn der Wahlzeit in einer Zahl von ca. 1000 Personen vor dem Lokale vertreten waren. Hierdurch fühlte sich der Bürgermeister veranlaßt, folgenden Beschluß des Magistrats bekannt zu geben:

„Die Stadtverordnetenwahl wird wegen Unzulänglichkeit der lokalen Einrichtungen, sowie beifolgender Verlängerung der bekannt gemachten Wahlzeit für heute ausgesetzt.“

Der neue Wahltermin wird ordnungsmäßig bekannt gemacht.  
 Stiel, den 5. November 1890.  
 Der Magistrat.  
 Fuchs, Oberbürgermeister.“

Durch diese Bekanntgebung wurden die Massen in große

## Feuilleton.

### Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Es war ein sehr einfaches Kleid, aber die schlanke Taille, der schmale Halsausschnitt, der zarte Busen verriet, daß es für ein junges Mädchen bestimmt war von lachendem Wuchs, das man anmuthig und geschmackvoll zu Weiden wünschte.

„Sind die Damen zufrieden?“ fragte der Konfektionär, dem noch immer nicht recht wohl bei der Sache war.

„Es wird vollkommen entsprechen, ich danke Ihnen,“ sagte Silvia und wendete sich, um weitere Aufträge, ihre Toilette betreffend, zu geben.

Geopold Berger war indes dem Freunde nachgeflit, vermochte ihn aber nicht mehr anzufinden. Er mußte eine andere Richtung genommen haben.

Nachdenklich ging er den Weg wieder zurück. Wer waren die schönen Damen, die in so vertraulicher Weise von Oswaldt gesprochen hatten? Er befand sich wieder vor dem Laden des Konfektionärs und bemerkte, daß die Equipage Labendier mit einem Karton herans.

„Ist das die Equipage Fiedl?“ fragte er.

„Das soll in den Wagen gelegt werden, die Damen wünschen es gleich mitzunehmen.“

Fiedl hatte die Worte gehört und sie hatten ihm Alles

aufgeklärt. Das war also Fiedl's Wagen und die beiden Süßchen waren seine Töchter, die Töchter des reichen Mannes, der Oswaldt protegiert.

Der Lakai hatte das Päckchen in den Wagen gelegt. „Ist das Alles, was meine Herrschaft eingekauft hat?“ fragte er mit einer gewissen Spasshaftigkeit.

„Bewahre, wir kommen heute noch mit dem Wagen zu Ihnen.“

„Ich dachte es wohl; nun, wenn Ihre Firma nur einen Theil der Lieferungen für die Ausstattung bekommt, so kann sie sich gratuliren; die wird glänzend, sage ich Ihnen.“

„Wen heirathet denn Fräulein Fiedl? Ist's auch ein Baron?“

„O nein, die Hanna nimmt sich einen Maler, aber einen berühmten.“

„Wie heißt er denn?“

„Eugen Oswaldt, er ist gerade vorhin aus Ihrem Laden getreten. Nun, was starrt mich denn der Bauernlämmel so an?“ sagte er, indem er mit einem hochmüthig zurechtweisenden Blick sich von dem Pecher abwendete, der wie versteuert dicht vor ihm stehen geblieben war.

Geopold murmelte etwas zwischen seinen Lippen und ging weiter. Was er da gehört, erregte ihm das Innerste; unglaublich dächte es ihm, und doch zweifelte er keinen Augenblick daran.

Oswaldt war Bräutigam. Er heirathete dieses schöne, reiche Mädchen, die beglückteste Existenz war ihm damit geliefert. Dies war bestimmt, seit Langem schon, und doch hatte er es ihm verschwiegen — warum? warum?

In dieser rauhen Männerbrust brannte es heiß auf, in Born und Mitleid, in Kummer und heimlichem

Hoffen. „Franzel!“ war das Wort, das sich auf seine bebenden Lippen drängte, und „was wird sie dazu sagen, was wird sie dazu sagen?“ der immer wiederkehrende Refrain.

Er rannte vorwärts, Oswaldt's Wohnung entgegen.

Pold war in den letzten Wochen immer häufiger nach dem einsamen Hause des Hegers gekommen. Der alternde Mann wollte sich's nicht eingestehen, was ihn dahinzog, aber es war unleugbar, daß es ihn glücklich machte, wenn er mit der Franzel zusammen sein konnte.

Neber das Mädel war etwas Unbeschreibliches gekommen, das sich ihrer ganzen Umgebung mittheilen wollte, Alles erhellend und beglückend. Wie sie jetzt zu lachen verstand, so laut, aus vollem Herzen, zu singen, zu scherzen! Es war ein Panzer, der Alle mitriß, ein Ausdruck innerster Lebensfreudigkeit, und Jeder fühlte, daß er mitgehöre zu diesem Glück, mit dgran Theil habe.

Der Pecher Pold war bald furchtbar eifersüchtig auf diesen seinen Antheil und wollte ihn redlich nützen.

Die Witterung hatte sich geändert, sie war kühl und unbeständig geworden, im Walde gab es für ihn nichts zu thun und auch Oswaldt war nun häufig an das Zimmer gefesselt, und so fanden sie sich denn entweder in dem großen Wohnzimmer des Hegers oder in Oswaldt's Dachstube zusammen. Oswaldt malte die Franzel. Sie freute sich unfähig darüber, lachte und — kritisirte.

Es war ein reizender Ruthwille in ihr, sie begann ihre Macht zu fühlen und zu üben.

Der Kopf war ziemlich weit gediehen, es fehlte nur noch an dem Weirwerk.

Es war an dem Tage von Oswaldt's Rückkehr nach Wien gewesen, als der Pecher früh am Nach-



Aufregung verfehlt. Es wurden von den in ihrer Arbeitszeit Geschädigten bittere Vorwürfe gegen den Magistrat laut, daß dieser Beschluß nicht am vorherigen Tage gefaßt und in der gestrigen großen Versammlung bekannt gegeben sei. Man trennte sich schließlich in der größten Eile und mit dem Gelächel, an dem späteren Wahltage wieder vollzählig zur Stelle zu sein.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. November.

Das Plenum des Reichstags wird, nach Äußerungen, die Herr von Bovekow gegenüber Mitgliedern der Arbeiterschutts-Kommission gemacht hat, zum 27. d. M. berufen werden. Jedenfalls besteht diese Absicht jetzt, es könnte aber noch ein Aufschub eintreten, wenn die Debatten des preussischen Landtags über die sogenannten „großen“ Reformgesetze ungewöhnliche Dimensionen annehmen sollten.

Dem Herrenhaus steht ein besonderer Genuß bevor; wenn das Friedrichsruher Pressbureau nicht flunkert, so will der Ex-Reichskanzler seinen Sitz dort einnehmen und in die Debatte eintreten. Nun — ins Herrenhaus gehört er: der Todte zu den Toten.

Der Bundesrath, so lautet eine offiziöse Notiz, wird morgen Nachmittag eine Plenarsitzung abhalten. In derselben werden die in den letzten Tagen eingegangenen Vorlagen über den Nachweis des Nichtvorhandenseins von Farbenblindheit für die Zulassung als Seefischer und Seesteuermann auf deutschen Kauffahrtschiffen; über die Gesuchentwürfe über Vereinigung Helgolands mit dem Deutschen Reich; Abänderung des Patentgesetzes; über den Schutz von Gebrauchsmustern; die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für 1891/92, sowie über Ergänzung und Abänderung des Eisenbahnbetriebs-Reglements an die Ausschüsse verwiesen werden. Von besonderer Wichtigkeit erscheint der mündliche Bericht des Ausschusses für Handel und Verkehr über die Anträge Sachsens und Bayerns, betreffend die Einfuhr von Rindvieh aus Oesterreich-Ungarn nebst dazu gehörigen Anträgen u. s. w.

Wir wollen sehen, welches Schicksal die letztgenannten Anträge haben werden. Gehen sie durch, so wird Herr Lucius seinen Abschied nehmen müssen. Oder richtiger: er würde es müssen, wenn wir so etwas wie parlamentarisches Regiment hätten.

Der Etat der Einnahmen des Reichs aus Zölle und Verbrauchssteuern für das Jahr 1891/92, der jetzt dem Bundesrath zugegangen ist, steht — wie dieselbe offiziöse Korrespondenz mittheilt — mit den düsteren Prophezeungen eines Theils der Presse nicht recht im Einklang. Nach dem im Reichshaus aufgestellten Voranschlag würden die Reichseinnahmen nicht nur keinen Rückgang zeigen, sondern den Etat des laufenden Jahres noch um rund 42 Mill. Mark übersteigen. Da nun das nächste Etatsjahr nicht mehr wie das laufende ein Defizit von 20 Mill. Mark zu decken hat, so ergibt sich schon daraus ein Mehr gegen den laufenden Etat von 62 Millionen. Die Mehreinnahmen im Etat der Zölle und Verbrauchssteuern entfallen fast ausschließlich auf die Zölle, die Zuckersteuer und die Branntweinsteuer. Bei den Zölle ist eine Zunahme des Ertrags um über 29 Millionen, bei der Zuckersteuer um über 11 Millionen und bei der Branntweinsteuer um 1,3 Mill. Mark vorgesehen. Bei der Branntweinsteuer ist dagegen eine Mindereinnahme von etwa 1/4 Mill. Mark in Anschlag gebracht, so daß die Hoffnung des Finanzministers v. Scholz, daß endlich auch diese Steuer eine stärkere Steigerung des Ertrages bringen werde, sich nicht erfüllt hat.

Nun — auf derartige Zusammenstellungen ist gar Nichts zu geben. Die Engländer nennen das: Cooking the accounts — die Rechnungen zurechtzochen.

Aus Frankreich kommen gleich günstige Zusammenstellungen und in Frankreich sind die allgemeinen Erwerbsverhältnisse thatsächlich ebenso schlecht wie bei uns.

Wie's in Afrika gemacht wird, das verräth der bekannte Afrikaforscher und Kolonialschwärmer Curt Toppin im „Hannoverschen Courier“. Er schreibt aus Lamu und erzählt, was ihm über die jüngsten Vorgänge in Witu von Fumo Bakari, dem „Sultan“ jenes Landes, persönlich mitgetheilt worden ist. Und das ist allerdings höchst interessant. Der Sultan erzählte:

„Zuerst kamen Herr Künkel und Herr Häppler nach Witu, ich empfing sie freundlich und machte ihnen Hof. Herr Künkel verlangte von mir seine Schamba und seine Leute. Ich erwiderte ihm, daß ich ihm niemals Land verkauft hätte und daß ich einen Brief von ihm besäße, worin abgemacht ist, daß ich meine ihm damals gegebenen Leute im langa nano (?) des vorigen Jahres zurücknehmen dürfte. Herr Künkel bestand darauf, seine Leute zurück zu erhalten, was ich ihm jedoch verweigerte, und bat ihn, überhaupt fortzugehen und sich lieber in Nombossa niederzulassen, wohin ihn ja die Engländer eingeladen hätten. Hierauf gingen die Herren nach Monumbi zurück und ich sandte den Befehl dorthin, ihnen keine Nahrungsmittel zu verkaufen; als ich aber hörte, daß sie mit Gewalt vorgehen wollten, sandte ich Homari Madi nach Monumbi und ließ gleichzeitig sagen, man sollte Künkel in Monumbi keine Hindernisse in den Weg legen, nur sollte Niemand landeinwärts reisen. Herr Künkel sandte doch sechs seiner Leute nach einer Stelle in der Nähe des Waldes, wo sie sich aufbauen wollten. Als ich dies erfuhr, sandte ich Soldaten und ließ die Herren nebst ihren Sachen holen. Dieselben kamen ohne Widerstand, ich wies ihnen ein Haus an, schickte ihnen einen Hammel und Reis und wir lebten im besten Einvernehmen. Als ich hörte, daß Herr Künkel käme, hielt ich es für gerathen, ihnen die Waffen abzunehmen, um eventuell Blutvergießen zu vermeiden, da ich weiß, daß Künkel nicht seinen vollen Verstand besitzt. Homari Madi beauftragte ich, Künkel beim Eintritt in die Stadt zu entwaffnen. Homari sagte, daß er wohl wüßte, daß Künkel zu Allem fähig ist, er nehme es aber auf sich, ihn zu beruhigen. Als Künkel kam, war er sehr böse, daß seine Herren keine Waffen hatten. Ich sagte ihm, daß ich an den englischen Konsul geschrieben hätte und er möchte doch die Antwort abwarten. Abends schickte ich Herrn Künkel eine Lampe, welche er zurückwies mit der Bemerkung, daß er nichts von mir haben wollte. Am nächsten Morgen fing Herr Künkel an zu schimpfen und zu fluchen in den schwersten Ausdrücken und sagte mehrere Male, daß er zum Schlagen fertig sei, ich sollte mich nur auch fertig machen. Meine Soldaten waren wüthend und wollten mit Herrn Künkel anbinden. Ich verhinderte dies und sagte, daß ich mir nichts aus den Schimpereien mache. Da kam Homari Madi und sagte, Künkel wollte durchaus nicht mehr länger warten, sondern verlangte abzugehen. Ich sandte Homari Madi und ließ Künkel sagen, er möge ruhig abgehen, wenn er nicht auf den Brief des englischen Konsuls warten wollte. Homari war gerade an der Ecke beim Steinhau, da hörte er bereits schreien. Herr Künkel war ans Thor gegangen und wollte den Balken wegheben, da sagte Muffa, der Thorwächter, daß er von mir keine Erlaubniß zum Öffnen hätte und erst fragen wollte. Künkel schob ihn nieder und da entspann sich der Kampf. Ich versuchte noch zwei Mal, meine Leute zurückzuhalten, aber es war unmöglich. Vier Europäer fielen am Thor, die anderen vier kämpften im Laufen. Künkel fiel zuletzt und bat um Frieden und wollte zu mir gebracht werden. Die Soldaten forderten ihn auf, seine Waffe wegzuworfen, was er auch that. Als sie ihn aufheben wollten, starb er. Ein Europäer scheint entkommen zu sein. Mir thut der Fall sehr leid, aber es war nicht zu verhindern. Ich bin überzeugt, daß ohne Künkel Alles in Ruhe und Frieden abgegangen wäre.“

Das ist nun freilich ein einseitiger Bericht. Aber, abgesehen davon, daß wie alle glaubwürdigen europäischen Reisenden erzählen, die „Wilden“ lange nicht so verlogen sind, als die „zivilisirten“ Menschen, stimmt das, was der Sultan von Witu betreffs Künkel's sagt, genau mit dem überein, was der deutsche General-Konsul über denselben gesagt hat. Ist aber diese Schilderung wahr, so ist es eine abentheuerliche Heuchelei, die Abschachtung der Deutschen in Witu einen „Deutschen mord“ zu nennen. Die Deutschen selber dann an dem Schicksal, welches sie betroffen hat, selber Schuld gewesen.

Deutsche Justiz und Rechtsgleichheit. In Sachsen wird jeder Versuch der Arbeiter, dem Boykott der Unternehmer und Militärbehörden einen Schutz- und Trutz-Boykott der Arbeiter entgegenzusetzen, unnachlässig, und zwar durch alle Instanzen, als grober Unfug angesehen und bestraft — während der Boykott der Unternehmer und Militärbehörden die allerhöchste Sanktion hat. Wir theilten erst vor einigen Tagen mit, wie das sächsische Ober-Landesgericht, also die oberste Instanz für Sachsen, diesen Standpunkt zu rechtfertigen gesucht und selbst eingenommen hat — so daß also in Sachsen der etablierte (festgestellte) Rechtsstandpunkt in dieser Frage der ist: der Boykott ist gesetzlich und er ist ungesetzlich. Er ist gesetzlich, wenn er gegen, und ungesetzlich, wenn er von den Sozialdemokraten oder Arbeitern geübt wird.

Es war von dunkler Gluth überzogen, die ihr die Haut bis unter das Haar färbte und nach dem Halse zu in ein feines Rosenroth überging.

Einen Augenblick lang sahen sie sich in die Augen, als aber der Bolld mit seinem schweren Schritt auf sie zukam, trat Oswald hinweg und begann unter seinen Farbentuben zu kramen.

Die Franzel blieb auf ihrem Schemel. Sie hatte eine der großen Nadeln, mit denen sie ihr Haar aufzusteden pflegte, vom Boden aufgenommen, und sah nun mit einem stillverklärten Lächeln auf diese Nadel hernieder, sie hin- und herbiegend, ohne zu wissen, was sie sah, noch was sie that.

Der Bolld aber fühlte sein Herz sich aufbäumen in Weh, er begriff Alles und wußte, wie es mit ihr stand. Da brach die Nadel unter ihren Fingern entzwei.

Sie schreckte auf, wie aus einem Traum erwachend, sah auf die beiden Männer und ließ hinaus.

Am nächsten Morgen hatte Oswald das einsame Haus verlassen und war nach Wien zurückgekehrt. Aber auch der Pecher ließ sich nicht sehen.

Er suchte sich einzureden, daß Alles gut und recht sei, wie es gekommen, daß es nicht besser sein könnte.

Der Oswald und die Franzel paßten so gut zusammen, daß es eine Sünde wäre, sie zu trennen, sagte er sich. Die müssen sich lieb haben, es sei ganz natürlich, und die könnten wohl gar nicht mehr ohne einander leben.

Aber nichtsdestoweniger kam ihm sein eigenes Leben jetzt so leer, so inhaltslos vor, daß diesen bis dahin so glücklichen Menschen plötzlicher Ueberdruß anwandelte. Er ging wortlos umher und Essen und Trinken wollte ihm nicht mehr schmecken. Dagegen begann er zu philosophiren, das sicherste Zeichen einer schlechten Verdauung und gestörten Wohlbehindens. Er war endlich nach Wien gegangen, um sich diesem Zustande zu entziehen und auf andere Gedanken zu kommen. Sein Sinn war nun in der That gewendet. Mit geballten Fäusten rampte er dahin, hier und da einen zornigen Laut, einem Fluche gleich herausschöpfend.

Der Schurke, er besaß eine reiche Braut und hatte mit der armen Franzel nur ein nichtswürdiges Spiel getrieben.

Man nennt das im Klassenstaat: „Gleichheit vor dem Gesetz oder Rechtsgleichheit“.

Allein auch in den verschiedenen deutschen Vaterländern herrscht eine vollkommen verschiedene Rechtspflege. Im Beispiel in Preußen haben die Gerichte in allen vorherigen Boykottprozessen gegen Arbeiter freigeprochen. Wir theilten schon mehrere derartige Fälle mit, und jetzt wird ein neuer gemeldet.

Also in Sachsen strafbar, in Preußen straflos. Und das nach demselben Strafgesetzbuch! Haben sich die Herren Richter und auch die Herren Staatsregierer schon einmal die Frage vorgelegt, welche Gedanken derartige Widersprüche und Ungleichheiten der Rechtspflege in jedem denkenden Kopf hervorbringen müssen?

Zwangsanstaltliches. Wenn die Negerflaven es auf ihren schwimmenden Särgen — wie man die Sklavenschiffe nannte — es gar nicht mehr aushalten konnten, dann öffneten sie sich die sogenannten „Pforten des Lebens“ und sagten diesem christlichen Diesseits Lebewohl um ins himmlische Jeneseits zu gelangen. So schlugen sie den Sklavenhändlern ein Schnippchen, die nichts mehr fürchteten, als die Selbstmord-Epidemie. Etwas Ähnliches finden wir jetzt in den Ländern, wo das patriarchalische Regiment seinen Thron ausgeschlagen hat und die Menschen wider ihren Willen beglückt und hübsch an die Scholle fesselt, damit sie sich nicht unglücklich machen können. Leider begreifen es nicht, wie glücklich sie sind, — ohne von sozialdemokratischen Agitatoren aufgehetzt zu sein, sind sie mit ihrer Lage ebenmäßig zufrieden, wie weiland die Negerflaven, denen es nach patriarchalen Begriffen auch ausgezeichnet gut erging und sie suchen dem irdischen Paradies zu enttrinnen, indem sie das Diesseits mit dem Jeneseits, sondern das alte Welt mit der neuen vertauschen. Unter den glücklichen in thatsächlicher Leibeigenschaft schwebenden Unterthanen des „Väterthens“ in Petersburg und seinen junkerlichen Gesinnungsgenossen im östlichen Preußen ist zwar nicht die Selbstmord- aber die Auswanderungsepidemie ausgebrochen, und nun gilt es die verfluchten Kerle, die nicht nach Väterthens und nicht nach der väterlichen Junker, sondern nach eigener Fasson festzuwerden wollen, ihrem Glück nicht enttrinnen zu lassen und sie sein für sorglich in demparadiesischen Junker- und Zaren-Zwangstaat festzuhalten. Da hören wir denn seit einiger Zeit gar erbauende Dinge von Jagden auf Auswanderer — genau nach dem Muster der Jagden auf Negerflaven, — und von einem förmlichen Boykott gegen die Auswanderungs-Agenten. Das Verfahren ist im Zaren- und im Junkerparadies so vollständig gleich, daß man oft nicht weiß, ob die gemeldeten Jagd- und Boykott-Abenteurer in Rußland oder in Deutschland passiren — eine Verwechslung, die Einem ohnehin leicht passiren kann. — Die Verwandtschaft unserer Junkerwirtschaft mit der Zarenwirtschaft hat sich wieder einmal augenfällig offenbart, und wir bekommen bei dieser Gelegenheit einen prächtigen Blick in den Zukunftsstaat der Kreuz-Zeitung.“

Die belgischen Massenemonstrationen sind auf Sonntag und Montag — also den 9. und 10. d. M. festgesetzt. Zu den Massenunruhen haben schon Vereine und Organisationen mit weit über 200 000 Mitgliedern ihre Theilnahme angefangen.

In den Vereinigten Staaten war der Sieg der Demokraten noch vollständiger als es Anfangs schien. Ein Telegramm aus New-York vom heutigen Vormittag theilt über das Resultat folgendes mit:

„Die Demokraten gewannen Kongresswahlen in Wisconsin, Michigan, Pennsylvania, Kansas, Nebraska, Minnesota und wählten die Gouverneure von Wisconsin und Pennsylvania sowie angeblich auch die Gouverneure von Michigan, Nebraska und Minnesota, während die Republikaner den Gouverneur von Kalifornien, den Bischof von Pennsylvania, den Kongressmitglied für Nord-Carolina, eines für Süd-Carolina und zwei für Tennessee erwählten. — Einem Internationalen gegenüber erklärte Cleveland, das erfreuliche Resultat der Wahlen lege die Pflicht der Demokraten dar, an der notwendigen Revision des Tarifs festzuhalten, auf ein consequentes Zurückgehen der Nahrungsmittelpreise hinzuwirken, und die Aufstellung eines weisen Tarifs, welcher vernünftigen Anforderungen der Regierung entspreche, zu erreichen.“

Nach einer Schätzung der „Evening-Post“ würden die Demokraten in der neuen Kammer eine Majorität von 80 Sitzen haben. Das Resultat der Wahl Mac-Kinley's sei noch ungewiß.

Aber er wollte den Glenden zur Rede stellen, er wollte — ah, er wußte nicht recht, was er thun würde, aber er konnte es nicht erwarten, vor ihn hinzutreten, um seinen Grimm, seine Verachtung ihm kund zu geben.

Wie seine Brust arbeitete, wie seine Fäuste zuckten! Er sand sich in den Straßen indeß nicht sofort zurück, und ging kreuz und quer, nur durch Fragen endlich sein Ziel erreichend.

Als er an der Wohnungstür des Malers läutete, öffnete ein Diener, der ihm bedeutete, daß der gnädige Herr nicht zu Hause, sondern zum Diner gefahren sei. Als der Pecher aber eintreten wollte, mit dem Bedenken, er wolle hier auf ihn warten, schlug ihm der Diener lachend die Thür vor der Nase zu.

Zweites Kapitel.

Die Töchter Field's fuhrn über die Ringstraße nach Hause. Hanna lehnte sich in die Rißen zurück und sah mit einer vornehm gleichgültigen Miene vor sich hin. Sie antwortete nicht auf die scherzhaft hingeworfenen Bemerkungen ihrer Schwester, die in ihrer Lebhaftigkeit nach allen Seiten gackte.

Eine Equipage fuhr dicht an ihnen vorüber; ein junger schlanker Mann saß darin, der sie grüßte.

Silvia nickte und erröthete. Sie fuhr mit ihrem Tusch gegen ihr Gesicht, als wolle sie etwas hinwegwehen, und neigte sich hierauf lächelnd ihrer Schwester entgegen.

„Ist es nicht ein sonderbarer Zufall, daß wir jetzt Edward überall begegnen?“

Hanna zuckte die Achseln. Die Baronin fuhr fort: „Er kommt auch heute zum Diner. Mama hat sich wahrlich in Seine Herrlichkeit verliebt und er scheint eben falls gefesselt.“ Sie hatte ein kurzes Lachen, dann vermittelte aus dem ausgelassensten Ton in den Klängen übergehend: „Der arme Sir, er ist völlig außer Kours gesetzt und ist doch Mamas Allergreterester gewesen; ich finde Mama schrecklich unbeständig.“ Und wieder lachte sie.

Einige Minuten später betraten sie Hanna's kleinen Salon.

(Fortsetzung folgt.)



doch werde bestimmt versichert, daß derselbe mit einer kleinen Majorität geschlagen sei."

Und ein etwas späteres Telegramm besagt:

Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten würden die Demokraten eine Majorität von über 100 Stimmen im nächsten Kongress haben. Die „New-York Times“ schätzt die demokratische Majorität auf 151, die „Sun“ sogar auf 160."

Das wäre allerdings eine riesige Majorität, aber man darf sich drum doch nicht allzu sanguinischen Hoffnungen bezüglich der Kinley-Will hingeben. Auch die Demokraten sind zum größten Theil schutzpöhlnerisch gesinnt, und eine wesentliche Milderung des Tarifs wird also kaum zu erwarten sein.

**Neueste Nachrichten.** Aus Triest wird, heute telegraphirt:

Im Garten des hiesigen Bahnhofs, wo sich das Denkmal zum Gedächtnis an die fünfzehnjährige Zusammengehörigkeit Triests mit Oesterreich befindet, plagte gestern eine Petarde, ohne Schaden anzurichten."

Wird wohl ein gewöhnlicher Schwärmer gewesen sein. Wie der Telegraph sich nur mit solchen Kinderreien abgeben kann.

Die griechisch-katholischen Geistlichen in der Türkei scheinen sich über das Mißgeschick ihres Streiks nicht trösten zu können — sie entwickeln, verschiedenen Nachrichten zufolge, eine fieberhaft agitatorische Thätigkeit, um Aufregung im Land zu erzeugen, und — die russischen Kubel, die ihm zuließen, auch ehrlich zu verdienen. Auch in Armenien wird von russischen Agenten tüchtig oder „lustig“ gewühlt, wie der verfloßene Bismarck-Spiegel Wohlgenuth sich Hauszudrücken beliebt.

Nach einem Telegramm aus Wien scheint der deutsche Reichskanzler nicht nach Wien kommen, sondern auf der Rückreise in Kuffstein mit dem österreichischen Kanzler zusammenzutreffen zu wollen.

Wenn die Reaktions-Diplomaten, die das Gras wachsen hören, hinter diesem Nichtreisen in die Kaiserstadt an der Donau nur keinen tiefen, die Weltinteressen berührenden Grund entdecken! —

Inzwischen ist der russische Thronfolger glücklich dort angekommen. Ob ein ganzes Armeekorps, oder gar zwei, wie bei seinem Vater, entlang der Eisenbahn aufgestellt worden sind, um den Sohn des Zaren vor den Liebesbeweisen seiner künftigen Unterthanen zu beschützen, darüber giebt der sonst so gesprächige Telegraph keinen Aufschluß. Und das ist doch eigentlich das Interessanteste bei der ganzen Geschichte.

**Arbeiter-Schutz-Kommission.** Die Berathung wird bei § 115 u. ff. (Truchsystem) fortgesetzt; die Abgg. Bebel, Mollenhuth und Singer beantragen die Gewerbetreibenden zu verpflichten, die Löhne in Reichswährung zu berechnen und auszuzahlen; Abzüge, welche nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, sollen verboten sein. Als Lohnntag soll der Freitag gelten.

Abg. Schmidt-Eberfeld beantragt, daß Stoffe oder Zuthaten u., welche den Arbeitern zur Herstellung der Waare unter Berechnung übergeben werden, bei der Lohnzahlung zum gleichen Preise, wie bei der Uebergabe zurückberechnet werden müssen.

Der Referent Abg. v. Stumm verbreitet sich ausführlich, namentlich in Rücksicht auf die Grenzbevölkerung, über die Nothwendigkeit, die Löhne in Reichswährung zu berechnen; in Bezug auf die Lieferung von Stoffen u. s. w. zum Selbstpreis hat der Referent Bedenken, indem er ausführt, daß Zuschläge für Fracht- und Lagerkosten z. B. gestattet sein müßten.

Das Amendement Schmidt scheint dem Referenten nicht geeignet, die vorhandenen Uebelstände zu beseitigen.

Der von den Sozialdemokraten gestellte Antrag wird von dem Referenten bekämpft; derselbe würde nach seiner Ansicht zur Beseitigung des Stücklohnes führen und dies sei nicht erwünscht. Zum Schluß kommend empfiehlt der Referent die Regierungsvorlage.

Abg. Schmidt berichtet über die zu diesem Paragraphen vorliegenden Petitionen und geht dann zur Verteidigung seines Antrages über; der Redner führt aus, daß es nur darauf ankommen kann, bei der Ablieferung denselben Preis zu berechnen, der bei Uebergabe der Stoffe u. verarbeiteten ist.

Der Regierungskommissar Geh. Rath Lohmann verteidigt die Vorlage der Regierung und weist nach, daß die gegenwärtigen Verhältnisse die Einfügung der Bestimmung, daß die Lieferung von Stoffen, Zuthaten, Wohnung, Heizung u. s. w. nur zu Selbstkostenpreisen angerechnet werden dürfen, nothwendig gemacht haben.

Der Redner spricht gegen das Amendement Schmidt, welches die Besserung bedürftigen Fälle nicht erschöpfen würde.

Abg. Hise meint, daß der Antrag Bebel und Genossen an dieser Stelle nicht passend sei; Redner will einen ähnlichen Antrag an anderer Stelle einbringen, glaubt aber, daß eine wöchentliche Lohnzahlung im Handwerk unthunlich sei.

Abg. Hartmann wünscht ebenfalls den sozialdemokratischen Antrag bei diesem Paragraphen auszuschneiden, da hier nicht von Lohnsetzung, sondern nur vom Truchsystem die Rede ist; der Redner glaubt, daß der Antrag Schmidt das Bedürfnis deckt.

Abg. v. Stumm beantragt, die Selbstkosten im Durchschnitt zu berechnen und unter die dahingehenden Lieferungen auch die Heizung aufzunehmen.

Abg. Möller wünscht, daß die Unternehmer etwaigen Gewinn aus den Lieferungen an die Arbeiter im Interesse der Arbeiter verwenden müssen.

Abg. Bebel begründet die Nothwendigkeit wöchentlicher Lohnzahlung, welche in Rücksicht auf die materielle und moralische Stellung der Arbeiterklasse durchaus nothwendig ist; ebenso weist der Redner nach, daß ein ausdrückliches Verbot erlassen werden muß gegen den Unjug, der jetzt herrscht, Lohnabzüge zur Aufsammlung von Kauttionen u. s. w. zu machen; auch darf nach Ansicht des Redners der Sonnabend als Lohnntag nicht beibehalten werden.

In Bezug auf das Truchsystem schildert der Redner unter Beibringung zahlreicher Beispiele das Unwesen und die Mißstände, welche durch das jetzt im Schwunge befindliche Kauttionenwesen hervorgerufen werden.

Die Regierungsvorlage erscheint dem Redner besser als die Fassung des Schmidt'schen Amendements.

Abg. Kleist-Rehow beantragt bei Lieferung von Landnutzung die Berechnung der ortsüblichen Kauf-, Mieths- und Pachtpreise zu gestatten.

Regierungskommissar Geh. Rath Wilhelm glaubt, daß der Antrag Schmidt die bestehenden Mißverhältnisse nicht beseitigen würde; der Redner behauptet, daß die acht-tägige Zahlungsfrist im Großen und Ganzen bereits jetzt vorherrscht, bestreitet jedoch, daß es zweckmäßig sei, die acht-tägige Zahlungsfrist gesetzlich festzulegen; auch die Bestimmung eines bestimmten Tages als Lohnntag erscheint dem Redner unzuweckmäßig.

Die Fälle, welche Bebel angeführt, fallen nicht unter die Bestimmungen des Truchparagraphen, weil dieser nicht den Verkauf von Lebensmitteln, sondern nur das Kreditiren derselben verbietet.

Regierungsvertreter Geh. Rath Königs hält es im Interesse der Arbeitgeber für nothwendig, denselben Abzüge vom Lohn zu gestatten, weil sie sich dadurch vor wirtschaftlichen Nachtheilen schützen können.

Abg. Klemm ergeht sich in juristischen Ausführungen über die Zulässigkeit von Lohnabzügen.

Abg. Hirsch empfiehlt zwar die wöchentliche Lohnzahlung als erwünscht, will jedoch keine gesetzliche Regelung dieser Bestimmung; ebensowenig kann Redner dem Freitag als Lohnzahlung zustimmen, diese Verhältnisse müssen auf dem Wege freier Vereinbarung geregelt werden.

Abg. Möller tritt für die Akkordlöhne als eine wirtschaftliche Nothwendigkeit ein; Redner hält im Interesse der Unternehmer sowohl wie der Arbeiter die 14 tägige Lohnzahlung für geboten und erwünscht; zum Truchsystem übergehend, empfiehlt der Redner seinen Antrag, nach welchem der Nutzen der Arbeitgeber im Interesse der Arbeiter verwendet werden muß.

Abg. v. Kleist-Rehow bezeichnet die Regierungsvorlage als zweckentsprechend und glaubt, daß dieselbe nur einiger kleiner Verbesserungen bedürfe; dazu rechnet er den von ihm gestellten Antrag, den er im Interesse der Landwirtschaft für nothwendig erklärt.

Abg. Schmidt polemisiert gegen den Antrag Möller, empfiehlt dagegen den Antrag Kleist-Rehow; dem Theil des sozialdemokratischen Antrages, welcher Abzüge verbietet, stimmt Redner zu. Dagegen erklärt er sich gegen gesetzliche Festlegung der wöchentlichen Lohnzahlung und empfiehlt in längeren Ausführungen seinen Antrag.

Der Minister sowohl wie der Regierungskommissar Geh. Rath Wilhelm verteidigen die Regierungsvorlage, welche nach Ansicht der Redner die beste Garantie gegen die bestehenden Mißbräuche giebt. — — —

Abg. Singer erklärt sich gegen den Antrag Schmidt, Derselbe sei unausführbar. Redner thut dies an einer Reihe von Beispielen aus dem praktischen Leben dar, wonach wohl der Unternehmer in die Lage kommt, einen höheren Preis, als ihm die Stoffe oder Zuthaten kosten, von den Arbeitern herauszupressen, da eine Berechnung, was von den gelieferten Zuthaten auf das bestimmte Stück Waare komme, nicht stattfindet. Die Vorlage treffe hier weit mehr als der Antrag Schmidt das Richtige. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen, die gegen den von Bebel und Genossen gestellten Antrag erhoben wurden. Von Manchesterthum sei hier gar keine Rede, es handele sich darum, zu verhindern, daß der Unternehmer mit Einrichtungen prahle, die thatsächlich der Arbeiter bezahlen muß. Auch handele es sich hier nicht um prinzipielle Entscheidungen über das beste Lohnsystem, sondern darum, daß der Arbeiter überhaupt den Lohn wöchentlich erhalten, den er verdient habe. Man muß verlangen, daß jeder Unternehmer diejenigen Einrichtungen treffe, die ihn in die Lage setzen, dem Arbeiter den verdienten Lohn auszuzahlen, von der Gnade des Unternehmers und seiner Beamten dürfe der Arbeiter nicht abhängig bleiben. Des Weiteren spricht der Redner sich für die Lohnzahlung am Freitag aus und gegen das Amendement Kleist als überflüssig, ja möglicherweise schädlich. Ebenso halte er das Amendement Stumm für keine Verbesserung.

Daß Abzüge verboten werden, halte er für nöthig, damit der Gesetzgeber und der Arbeiter wisse, woran er sei, und damit der Arbeiter nicht geschädigt werde. Der Arbeitgeber sei wie jeder Andere, der Klage führen müsse, auf den Zivilweg zu verweisen.

Abg. Hise tritt den Ausführungen Singer's bezüglich der wöchentlichen Lohnzahlung vollkommen bei und empfiehlt, den Sonnabend als Lohnntag zu verbieten.

Abg. Bebel tritt den Ausführungen des Regierungsvertreter's bezüglich des Kauttionenwesens entgegen; dadurch daß die Unternehmer die Lieferung von Lebensmitteln übernehmen, werden die Kleingewerbetreibenden geschädigt und die Arbeiter noch extra ausgebeutet. Redner wendet sich gegen den Antrag Möller, bei welcher Gelegenheit er die sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen geißelt und eine Anzahl von Arbeits- und Fabriks-ordnungen zum Vortrag bringt, welche eine slavische Abhängigkeit der Arbeiter von den Unternehmern bedingen.

Abg. Schmidt hält das System des Akkordlohnes für richtig und empfiehlt nochmals seinen Antrag.

Reg.-Komm. Geh. Rath Hoffmann hält bei den bestehenden Verhältnissen Abzüge für Kauttionenbildung u. s. w. für zulässig und führt aus, daß augenblicklich nur das Kreditiren von Waaren verboten sei, das Reichsgericht habe sich noch nicht mit dieser Frage beschäftigt. Der Redner bekämpft den sozialdemokratischen Antrag, in welchem er eine Benachtheiligung der Unternehmer erblickt.

Abg. Möller empfiehlt seinen Antrag, den er nur gestellt hat, um dem Unternehmer die Möglichkeit zu geben, etwaigen Gewinn aus der Lieferung von Stoffen u. s. w. zu Gunsten der Arbeiter verwenden zu können.

Abg. Hirsch will Lieferung von Arzneien verboten haben, weil diese durch das Krankenkassengesetz genügend gewährleistet sei; außerdem wendet sich Redner gegen die Ausführungen Bebel's und Singer's, welche nach seiner Ansicht die Feststellung des ganzen Arbeitsvertrages dem Staate überlassen wollen, was Redner für ein Unglück für die Gesellschaft halten würde.

Abg. Bebel weist die Hirsch'schen Ausführungen und Angriffe zurück und betont nochmals die Nothwendigkeit, Abzüge bei Lohnzahlungen zu verbieten.

Nach Schluß der Diskussion nimmt der Referent Abg.

v. Stumm das Wort, um die Regierungsvorlage und das von ihm und vom Abg. v. Kleist gestellte Amendement zu empfehlen.

Dagegen spricht er sich gegen das Amendement Schmidt aus, weil dasselbe unausführbar sei und außerdem durch die Regierungsvorlage gedeckt werde.

Der sozialdemokratische Antrag sei unannehmbar, weil er zur Aufhebung des Tagelohnes führen müsse; auch die Bestimmung des Freitages als Lohnntag sei unmöglich, weil die thatsächlichen Verhältnisse dies unausführbar machen.

Der Korreferent Abg. Mollenhuth widerlegt die Ausführungen des Abg. v. Stumm und beantragt die Ablehnung der Amendements Stumm, Schmidt, Kleist-Rehow und Möller, während er den sozialdemokratischen Antrag anzunehmen beantragt.

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag, dessen zweiter Satz, zum Zweck schärferer Fassung, vorläufig zurückgezogen wird, gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Abfah 1 des § 115 der Regierungsvorlage wird angenommen.

Bei Abfah 2 des § 113 wird der Antrag Schmidt gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Auf Antrag Stumm wird „Beleuchtung“ in die von den Arbeitgebern zu liefernden Gegenstände eingeschaltet; das zweite Amendement Stumm dem Worte „Selbstkostenpreis“ das Wort „durchschnittlich“ voran zu setzen, wird mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen.

Das Amendement von Kleist-Rehow wird angenommen (Landnutzung zu ortsüblichen Mieths- und Pachtpreisen zu gewähren).

Amendement Möller wird abgelehnt.

Bei der Gesamtstimmung wird der so gefaßte § 115 angenommen.

§ 116 wird ohne Debatte angenommen.

Die Diskussion wendet sich zum § 117.

Hierzu beantragen Bebel und Genossen: die Heranziehung der Arbeiter zu Beiträgen für fogen. Wohlfahrts-einrichtungen zu verbieten.

Referent Abg. v. Stumm ersucht diesen Antrag abzulehnen.

Abg. Bebel begründet den Antrag und weist durch Beispiele nach, welcher Mißbrauch mit den Wohlfahrts-einrichtungen verbunden ist und wie dieselben meist die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter erhöhen.

Abg. Hise wendet sich ebenfalls gegen den Zwang, Beiträge für Wohlfahrts-einrichtungen zu erheben, wünscht aber freie Vereinbarung in dieser Beziehung und kann daher für ein Verbot solcher Abzüge nicht stimmen.

Geh. Rath Königs spricht gegen den Antrag Bebel und Genossen und führt aus, daß auch in der Schweiz solche Beiträge bei Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern gestattet sind.

Abg. Bebel wendet sich nochmals dagegen, daß die Arbeiter zu Beiträgen für solche Einrichtungen gezwungen werden können.

Abg. Hise empfiehlt die Regierungsvorlage und wünscht bei der Berathung über Fabrikordnungen (Kauttionen gegen Mißbrauch in dieser Beziehung zu schaffen.

Abg. Möller erklärt sich für Zwangsbeiträge zu Fabrik-Sparkassen.

Abg. Singer führt aus, daß Zwangsbeiträge für Wohlfahrts-einrichtungen nur dazu dienen, dem Unternehmern einen billigen Ruhm zu schaffen und ihm Gelegenheit geben, sich auf Kosten der Arbeiter zu glorifizieren; außerdem werden die auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter erzwungenen Sparbeiträge benutzt, um die Löhne noch mehr herabzudrücken.

Referent Abg. v. Stumm bekämpft den sozialdemokratischen Antrag, obgleich er den Ansichten Singer's über Fabrik-sparkassen sehr nahe steht.

Korreferent Abg. Mollenhuth widerlegt die gegen den sozialdemokratischen Antrag erhobenen Bedenken.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Bebel und Genossen gegen drei Stimmen abgelehnt und § 117 in der Fassung der Regierungsvorlage mit großer Majorität angenommen.

§ 118 wird unverändert angenommen.

§ 119: Referent v. Stumm empfiehlt die Annahme und wird derselbe mit großer Majorität angenommen.

Zu unserem gestrigen Bericht haben wir nachzutragen, daß der Abg. Dr. Hirsch zwar die Ausdehnung des Gesetzes auf die Hausindustrie wünscht, aber dafür ein besonderes Gesetz haben will und zu diesem Zweck die Vornahme von Erhebungen beantragt hat.

Nächste Sitzung morgen Vormittag 10 Uhr.

**Die Hilfsarbeiter im Kaiserlichen Statistischen Amt** klagen schon seit Jahren über die Willkür und schlechte Behandlung seitens ihrer Vorgesetzten. Ein Hilfsarbeiter, welcher die Ueberschriften eines Sekretärs B. zurückwies, wurde einfach für betrunken erklärt; 2 Sekretäre nahmen das angebliche Faktum auf ihren Dienst, 10 Hilfsarbeiter, welche mit Recht das Gegentheil bekundeten, hießen unglauwbüdig, weil nicht vereidigt, damit er wenigstens nicht die Steuerermäßigung zu beanspruchen hat. Bei der bevorstehenden Anstellung wird er wieder übergangen werden. Auf Befragen erhält er die Antwort: „Ja, der Fall B. ist Schuld daran.“ Seine Bitte um abermaliges Gehör zur Nichtstellung des Thatbestandes wird vom Direktor, welcher erst kürzlich Jemand, dessen Aussage sich nicht mit der eines vereidigten Militärärzters deckte, ohne Weiteres als Lügner bezeichnet, kurzer Hand zurückgewiesen; und B. verhöhnt ihn als rechtlos. Wie kann er sich rehabilitiren? Andere Hilfsarbeiter erhielten im August vom Direktor die Zuschrift, daß ihnen eine Zulage von 5 pCt. bewilligt ist, adressirt an den ständigen Hilfsarbeiter H.; unterschreiben mit Zug und Recht als solche seitdem ihre Quittung, aber ein schneidiger Kalkulator hat neuerdings hierin die Berechtigung als ständiger zu zeichnen geirrt, die Leute also auf eigene Faust wieder degradirt. Wer hat eigentlich im statistischen Amt zu verfügen, der Direktor oder die Sekretäre?

**Falscher Verdacht.** Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt: „In Kiel haben die Sozialdemokraten bei den Stadtverordnetenwahlen (vermuthlich in der dritten Klasse) mit einer



Mehrheit von etwa 200 Stimmen gesiegt. Das Beispiel von Mannheim hat also Nachfolge gefunden. Was uns bei dieser Wahl auffällt, wenn wir heute auch noch kein endgültiges Urteil abgeben wollen, ist der Umstand, daß der eine der unterlegenen anti-sozialdemokratischen Kandidaten, Konrad Sartori, wenn wir nicht irren, bisher stets als Führer der „Konservativen“ soll wohl heißen der Freikonservativen in Kiel genannt worden ist. Die Vermuthung — mehr ist es nicht — scheint also nicht ganz fern zu liegen, daß die Sozialdemokraten nicht ganz aus eigener Kraft gesiegt haben, sondern daß ihnen andere Leute zu Hilfe gekommen sein mögen, die sich der Sache nach mit den „Singerschen“ fast in ziemlich gleicher Uebereinstimmung befinden, wenn sie ihnen persönlich auch nichts weniger als „grün“ sein dürften.

„Vielleicht sieht sich ein mit den Kieler Verhältnissen näher vertrauter Gesinnungsgenosse hierdurch veranlaßt, Aufklärung zu geben.“

Die „Stöcker'schen“ der „Kreuz-Zeitung“ mögen sich beruhigen — wir wissen zwar auch nicht, weß Geistes Kind der genannte Durchfallskandidat mit dem un deutschen Namen

ist, aber das wissen wir, daß in Kiel der Deutschfreisinnige (Hänel'scher Obervand) unser Hauptgegner ist, den wir beiläufig bei der nächsten Reichstagswahl aus dem Sattel zu heben haben.

Was nun die „Vermuthung“ eines Wahlkompromisses betrifft, so sind bisher allerdings bei den meisten, wenn nicht bei allen Wahlen Kompromisse abgeschlossen, jedoch nie von oder mit Sozialdemokraten, sondern zwischen den Freisinnigen — oder „Singerschen“, wie die „Kreuz-Zeitung“ sie mehr originell als geistreich nennt — und den Stöcker'schen. Will die „Kreuz-Zeitung“ den Kompromisslern zu Leib gehen, so halte sie zunächst Musterung in den eigenen Reihen.

Schöne Patrone muß es in Magdeburg geben. Lesen wir da im dortigen Parteiorgan:

Der Chefredakteur der „Magdeb. Volksstimme“ speiste mit seiner Frau und einem bekannten Mitarbeiter der „Volksstimme“ zu Mittag gewöhnlich in der Restauration zu den „drei Kaiser.“

Neulich kam der Wirth in das Redaktionszimmer und verbat sich ihren ferneren Besuch aus Rücksicht auf die anderen Gäste, die natürlich den gegnerischen Kreisen angehören.“

Wie jammervoll muß es mit dem Geistes- und Bildungszustand von Menschen bestellt sein, die sich politischen Gegnern gegenüber so „unter aller Kanaille“ betragen können! Kein Nezer in Kamerun würde so unanständig sein und — so bodenlos feig. Diese Burichen glauben offenbar, ihr Leben oder ihre Gesundheit schwebte in Gefahr, wenn sie mit einem Sozialdemokraten am Tisch zusammen sitzen. Oder fürchten sie gar, sie könnten dann zum „Kampf mit geistigen Waffen“ gezwungen werden? — Für die Leute dieses Schlages freilich die fürchterlichste Aussicht.

Druckfehler-Berichtigung. In der gestrigen Notiz gegen das Vennigsen-Organ muß es natürlich „kraftesten Ignoranz“ heißen, statt krassester Ignoranz.

### Theater.

Freitag, den 7. November.

**Opernhaus.** Keine Vorstellung.

**Schauspielhaus.** Die zärtlichen Verwandten.

**Lesing-Theater.** Sodom's Ende.

**Berliner Theater.** Rean.

**Deutsches Theater.** Die Haubenlerche.

**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.** Geschlossen.

**Wallner-Theater.** Der Bauern doktor. Pension Schöller.

**Residenz-Theater.** Familie Mouslinard.

**Viktorin-Theater.** Die Million.

**Pellealliance-Theater.** Mamsell Nitouche.

**Ostend-Theater.** Der Sandmann aus der Friedensstraße.

**Thomas-Theater.** Der Wetterfrosch.

**Adolph Ernst-Theater.** Unsere Don Juans.

**Kaufmann's Variétés.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Gebr. Richter's Variétés.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Wintergarten.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

### Circus Renz.

Karlstraße.

Freitag, den 7. November, Abends 7 Uhr:

#### Romiker-Vorstellung.

Auftreten der Clowns C. Godlewsky, Gebr. Walton, Paul und William, Herrmann, Gebr. Dianta, Barne, François, Misto und 3 Gebr. Briatore u. in ihren komischen Entrees u. Intermezzen. Außerdem: Prinz Carneval und sein Gefolge, komisch-equestriertes Arrangement mit 12 Freizeitsperden von Herrn Fr. Renz. Der phänomenale Reiterkünstler Mr. F. H. Clarke, Trepido, geritten von Fel. Oceana Renz. Auftreten der Reiterkünstlerinnen Frs. Billie u. Rosa Meers, Natalie u. Jephova, Miß Jelina Zampa, Lustspielkünstlerin. 3 Ahlsten zu Pferde von Herren Gebr. Briatore, Mr. Burnell Pitts als Saltomortales-Reiter auf ungeheuerstem Pferde.

#### Mazepa's Verbannung.

Große historische Pantomime mit Ballet in 4 Akte, arrangiert u. inszeniert vom Direktor E. Renz.

Morgen Vorstellung.

E. Renz, Direktor.

Dem Genossen Kretzor zum 33. Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß die ganze Solmsstraße wackelt. Heute, 1000 Tblr. ist zwar schönes Geld! S. F. 178

Frau Louise Wallroth zum heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Rheinsbergerstraße wackelt und auf der Judenwiese „die rotte Fahne“ weht! Wieschen versteht sie? 180

Unserm Freund und altbewährten Genossen **Gustav Beise** zu Reinickendorf zu seinem 50. Geburtstags die besten Glückwünsche. 188 **Die Genossen.**

Unserm Freunde und Lieferanten **Julius Lindenbaum** zu seinem 33. Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß seine sämtlichen Paletots und Anzüge vor Freude in der Frankfurterstraße auf der Promenade tanzen. 187 **Mehrere Freunde.**

Unserm Genossen, dem Tischler **Julius Kretzor**, zu seinem heutigen Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche. Heute, dann laß die Humpen frisch voll pumpen u. 179 **Die trockensten Dochte.**

### Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.

**Franka Scholz,** Kostüm-Soubrette.

**Geschw. Wildenfels,** Gesangs-Duettisten.

**Richard Gersdorf,** Sächsischer Gesangs-Humorist.

**Adolf Gödicke,** Mimiker, Stimmen-Imitator und Charakter-Komiker.

**Truppe Blumenfeld,** Barterre-Gymnastiker, Ballet und Tanzseilkünstler.

Anfang Wochentags 8 Uhr.

Sonntags 5 1/2 Uhr.

Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

### Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Platz.

Freitag, den 7. November, Abends 7 1/2 Uhr:

Grosse

### Brillant-Vorstellung.

Besonders hervorzuheben:

**Etagen-Caroussel** in Freiheit dress. mit **25 Vollblutpferden** vorgeführt von Herrn **Max Schumann.** Familie Leon, 5 Personen, itarische Spiele. Mr. Achilles, als Jockey. Vierfache Schul-Quadrille von 4 Herren. Der César-Mitt mit 12 Pferden, geritten von 4 Damen und 4 Herren. Reiterkünstler Gebr. Morelli. Thomas Leon als Saltomortals-Reiter. Das Schulpferd „Albert“, geritten von Fr. Adele Schumann.

**Original-Clown Duroff.** Equilibristin Miß Elly Footit. Reiterkünstlerin Mlle. Binella. Parforce-Reiter Herr Hesse. Komische Entrees sämtlicher Clowns.

Morgen: Große Gala-Vorstellung.

1. Auftreten des besten Jockey-Reiters der Welt, Mr. Arsène Loyal.

Sonntag: 2 Vorstellungen, um 4 und 7 1/2 Uhr. (4 Uhr: 1 Kind frei.)

**Verband deutscher Zimmerleute.** Sonntag, 9. November, Vormittags 10 1/2 Uhr:

**Berammlung Mariannen-Strasse Nr. 31/32.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Pöas über: „Arbeit und Weisheit und ihre Ehre.“ 2. Verschiedenes. 189 Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

**Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.** Montag, 17. November, Abds. 8 Uhr,

**Ordentl. Generalversammlung** in Feindl's Lokal, Weinstraße 11. Tagesordnung: 1. Freisetzung der Vergütung des Kassensührers und die Höhe der von demselben zu stellenden Kaution. 2. Wahl des Vorstandes für das Jahr 1891. 3. Wahl des Rechnungs-Prüfungsausschusses für das Jahr 1890. 4. Verschiedenes. Die Kassensmitglieder und Arbeitgeber werden nach § 44 des Statuts hierzu eingeladen. 124

**Große öffentl. Versammlung der Kupferschmiede Berlins** am Sonnabend, 8. November, Abds. 9 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandanten-Strasse Nr. 20. Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Pöas über: „Die sogenannte Zukunftslasere.“ 2. Abrechnung der Streiklasse vom 7. Juli bis 5. November. 3. Bericht der Revisions-Kommission. 4. Neuwahl der Streiklassen-Kommission. 5. Verschiedenes. 173 Zur Deckung der Unkosten findet eine Lotteriesammlung statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

**Zehlendorf.** Sonntag, den 9. November, Nachmittags 4 Uhr:

**Grosse Volks-Versammlung für Männer und Frauen** in Aichner's Höhe, Alsenstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Wilschke Berlin über „Volksbildung und moderne Arbeiterbewegung.“ 2. Diskussion. — Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. Zu recht zahlreichem Erscheinen ladet ein 191 **Der Einberufer.**

**Nur 1 Mark.** Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Eingebung von Forderungen. 191 **Pollak,** jetzt Georgenkirchstr. 24 ll. **Kinderwagen.** 16. Bernauerstr. 16.

### Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:

**Grosses Concert.** Direktion J. Hödmann.

Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.

Wochentags 10 Pfg.

**Entrée** Sonn- und Festtags 25 Pfg.

Großer Frühstücks- und Mittagstisch.

Spezial-Küchen von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.

641 **F. Müller.**

**Castan's Panopticum.** Entrée 50 Pfg., Kinder 25 Pfg. 8, 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

**Vorstellung** Vorm. 11 1/2 u. 12 1/2 Uhr. Nachm. v. 4 1/2-6 1/2 Uhr. Tägl. eine Vorstellung. **Erwa-Entrée 30 Pfg.** Kinder frei.

**Amazonen-Corps** 20 Amazonen, 10 Kavallerie aus Bahaymen.

### Gratweil'ige Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.

Täglich:

**Grosses Concert** mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor H. Sanftleben.

Wochentags: **Frei-Concert.** Sonntags Entrée 20 Pf.

Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.

708 **F. Sadtke.**

### Passage-Panopticum.

Unter den Linden 22/28. 1742

**Lebensgroße Wachsfiguren.** Panoramen. Dioramen. Ethnographische Sammlungen. Italienische Volkslieder. **Entrée 50 Pf.** Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

### Geschäftshaus S. Heine

Chausseestr. 14.

Die schönsten **Kinderkleider und -Jacken** für Mädchen jeden Alters, sowie **Morgenröde, Unterröde, Trikottailen u. Blonjen,** auch im Einzelverkauf sehr billig! Maßbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt! Normal-Unterkleider und Trikotagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Socken, Handschuhe u.

**Geschäftshaus S. Heine.** Allen Freunden und Genossen empfehle mein **Zabaf- und Cigarren-Geschäft** Skaltzerstrasse 66. **Otto Jahns.** **Dr. Hoesch,** homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

**Robtabat A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl, Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Robtabate sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Eade'schen Markt. 1748

### Große öffentliche Versammlung der sozialdemokr. Parteigenossen des II. Berliner Wahlkreises

am Freitag, den 7. November, Abends 8 Uhr, im Saale der Berliner Bockbier-Brauerei am Tempelhoferberg.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes für den II. Berliner Reichstags-Wahlkreis. 4. Verschiedenes. Die Parteigenossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Zur Deckung der Unkosten findet eine Lotteriesammlung statt. **Der Einberufer.** 150

### Große öffentliche Versammlung der Steinmetzen Umgegend Berlins u.

am Freitag, den 7. Nov., Abends 8 Uhr, in **Müller's Salon, Johannis-Strasse No. 20.** Tages-Ordnung: 1. Die heutige Wirthschaftsweise und ihre Einwirkung auf Handwerker und Arbeiter. Referent: Regierungsbaumeister a. D. Kessler. 2. Stellungnahme zur Gewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

### Maler.

#### Combinirte Versammlung der Filialen Berlins

am Sonnabend, d. 8. Nov., Abends 8 Uhr, bei Reyer, Alte Jakobstr. 83. Tages-Ordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes über seine bisherige Thätigkeit. 2. Unsere Fachschule. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt. **Der Vereins-Vorstand.** J. A. W. Schweiger. 165

### Fachverein der Tischler für den Westen und Halleschen Thor-Bezirk.

Sonntag, den 9. November, Vorm. 10 1/2 Uhr, in **Habel's Branerei, Bergmannstraße Nr. 5-6: Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Krause über Chemie mit Experimenten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Da auch der Parteitag zu Halle die Nothwendigkeit der Gewerkschafts-Organisation ausdrücklich betont hat, so werden hiermit alle dem Verein noch fernstehenden Kollegen besonders ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen und sich dem Verein anzuschließen! **Der Bevollmächtigte.** 166

### Maurer! Grosse öffentl. Versammlung

am Sonntag, den 9. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, in **Orschel's Salon, Sebastianstrasse No. 39.** Tages-Ordnung: 1. Das Verhalten der Berliner Maurer zu ihrer Organisation und die Beschlüsse des Parteitages in Halle. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Wir bitten die Kollegen, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen zu wollen. — NB. Etwaige Monitas über die letzte Abrechnung vom Generalfonds werden in dieser Versammlung entgegengenommen. **Der Einberufer:** Carl Weiß, Tegelerstr. 27. 167

### Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Am Sonntag, d. 9. Nov., Vormittags 11 Uhr, in **Scheffer's Salon, Inselstrasse 10: Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.** Alle diejenigen Mitglieder, welche laut Beschluss der Generalversammlung vom 27. Mai d. J. mit der Extrasteuer für die Monate Juni, Juli, August, September noch im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls dieselben nicht mehr als vollberechtigte Mitglieder anerkannt werden. **Der Vorstand.** 171

**Herder'sche Verlagshandlung, Freiburg im Breisgau.** Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: **Der Sozialismus.** Eine Untersuchung seiner Grundlagen u. Durchführbarkeit. Von **Victor Cathrein S. J.** Zweite unveränderte Auflage. 8°. (VIII u. 116 S.) 1,20 M.



## Briefe aus Italien. \*)

Mailand, den 3. November 1890.

Gestern Abends endete nach zweitägiger Sitzung ein hier zusammenberufener Kongress des Arbeiterbundes: Partito operaio italiano, umfassend 130 Arbeitervereinigungen, die von 103 anwesenden Mitgliedern vertreten waren. Es gelang diesem Kongress, in welchem also das der radikalen bürgerlichen Demokraten sich zuneigende Element des Consolato operaio milanese fehlte, (der Leser erinnert sich, daß ein Verschmelzungsversuch mißglückt ist), die auch diesmal wiederholt unternommenen Störungen und Durchkreuzungen von Beschlüssen mittels anarchistischer Vertreter fern zu halten oder zu besiegen. Wir geben die endgültig gefaßten Beschlüsse in ihrem wesentlichen Kern — mit einigen Bemerkungen zum Schluß — im Nachfolgenden wieder:

### Tagesordnung:

1. Nothwendigkeit, den Bund Partito operaio italiano auf der alleinigen Grundlage des Widerstandes zu organisiren.

### Beschluß.

Der Widerstand gegen die Kapitalisten ist das kennzeichnende Merkmal der Organisation des Bundes Partito operaio italiano, weil nur durch diesen Widerstand die Arbeiter ihre Stellung als Ausbeutete verbessern können. — Die Streiks sind die materielle Grundlage dieses Widerstandes auf dem ökonomischen Gebiete. Zu ihrer erfolgreichen Durchführung müssen alle Anstrengungen der Genossen des Bundes vereint sein. Alle Sektionen des Bundes sind daher für die Streiks und ihre Opfer zur gegenseitigen Hilfe verpflichtet und sie werden die Organisation dieser Hilfeleistung in ihre Statuten aufnehmen.

2. Können die Arbeitsbörsen\*) ein wichtiges und erhaltenswerthes Ziel für den Bund Partito operaio italiano sein?

### Beschluß.

Vorausgesetzt und in Rücksicht darauf, daß die Arbeitsbörsen ausschließlich bestimmt sind, die Interessen der Arbeit und der Arbeiter gegen das Kapital wahrzunehmen und zu schützen, daß diese Einrichtung nichts anderes als der Arbeitsmarkt sein kann und sein soll, erkennt der Kongress an:

Die Arbeitsbörsen können ein wichtiges und erstrebenswerthes Ziel für den Bund Partito operaio italiano werden, wenn sie in sich alle Formen (Gattungen) der Arbeiter-Organisation sammeln und vereinen, und er beschließt, kräftig in eine Agitation einzutreten, um Arbeiterbörsen in Italien zu begründen und zu verneuern.

3. Der achttündige Arbeitstag und die allgemeine Kundgebung an jedem 1. Mai.

### Beschluß.

In Anbetracht, daß der achttündige Arbeitstag, ohne Verkürzung des heute bestehenden Lohnes, zunächst den Eintritt großer, heute arbeitsloser und immer mehr verelendeter Massen in Arbeit und Lohn zur nothwendigen Folge haben muß, daß die hierdurch bewirkte Kräftigung der Arbeiterklasse wiederum der Industrie und den Handel beleben muß, der heute durch die chronischen aber fortwährenden Krisen infolge der Ueberproduktion bei 11, 12 bis 14stündiger Arbeitszeit verunstaltet und verunstaltet,

daß ferner die Verkürzung der Arbeitsstunden auf täglich acht Stunden die ganze Arbeiterklasse intellektuell und moralisch hebt, da sie ihr die so nothwendige Zeit gibt zur Erziehung und Bildung und es ihr so möglich macht, mit Bewußtsein an die Lösung der großen sozialen Probleme unserer Zeit mitzuarbeiten,

daß ferner diese Forderung auch von der Wissenschaft der öffentlichen Gesundheitspflege aufgestellt und als unabwieslich verlangt wird,

\*) In dem Brief aus „Italien (Italien vor den Wahlen“ Nr. 255 des „Berliner Volksblatt“ am 1. November muß es im 2. Absatz heißen:

„Da die Hauptbedingung für die Wahlberechtigung (aktives und passives Wahlrecht) das Lesen und Schreiben ist.“

\*) Ueber die zu gründende Arbeitsbörse in Mailand folgt ein späterer Bericht.

## Theater.

**Festung Theater.** Sodom's Ende. Drama in fünf Akten von Hermann Sudermann.

Dr. Sudermann ist ein unerbittlicher und ein gerechter Anwalt und sein Plaidoyer war glänzend, beweiskräftig, überzeugend. Nur wenn eine Geschichtsperiode zur Aube geht, die Luft gewittervoll drückt, und alle Gemüther, auch die verhärtetsten, die Ahnung des nahenden Verhängnisses durchzittert, dann fliegen Sturmögel, welche die Katastrophe verkündigen, dann werden Stücke geschrieben, wie „Sodom's Ende“. Der Dichter, der solche eine kommende Anklage gegen wider das Bestehende in die Welt schleudert, hat etwas verspürt vom Behen der kommenden Zeit, und sein scharfes Ohr vernahm den wichtigen Schritt des Schicksals, das mit eherner Rücksichtslosigkeit die alten abgelegten Formen in Scherben schlagen wird, um neue Bildungen, um lebenskräftige Gestalten an jene Stelle zu setzen.

Das war nicht die schattenhafte Satire, welche an der Oberfläche haftend, niemals den Kern des Wesens herausfährt und zwar allerlei Schäden und Mißstände bloßlegt und verpöndelt, aber sich mit ihnen als den unvermeidlichen Folgeerscheinungen einer an sich recht angenehmen Ordnung abfindet. Das war eine Abrechnung mit der Bourgeoisie, welche mit unbarbarischer Genauigkeit die Zahlenkolonnen summiert und das vernichtende Fazit ungeheuer zu sehen weiß, wenn dieses Fazit auch den endgiltigen Bankrott, das Todesurtheil bedeutet, vor dessen Volksgang kein Privileg, kein Sonderrecht mehr schützt. Wenn durch irgend einen Zufall den kommenden Geschlechtern alle Geschichtsbücher über unsere Zeit entziffen würden außer dem Germinale und Sodom's Ende, so wäre ein Gewähr der Geschichtsschreibung wohl im Stande, aus diesen Bruchstücken ein Skelett der Vergangenheit in kräftigen Konturen herzustellen. Sudermann liefert einen Beitrag zur Klärung der Geschichte der bestehenden Klasse, welcher deren ganze Position in die besterleuchtung rückt, und das Endergebnis seiner Untersuchung gipfelt darin, daß diese Klasse ihre Zeit erfüllt hat, daß sie bis ins innerste Mark verrotzt, unfähig zur Lösung der großen, weltbewegenden Kulturfragen und somit reif zum Untergang ist.

Die Erkenntnis des Poeten, daß die sozialen Lebensbedingungen einer bestimmten Gesellschaftsform ihr Thun und Treiben einer Gesamtheit sowohl, wie bei den einzelnen Individuen, naturnotwendig bestimmen, daß die Politik und Moral einer Klasse in den ihr eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen wurzelt, daß der Einzelne unter dem Einfluß der Moral und Politik seiner Klasse handelt, und daß die Einzelschuld in ihrem tiefsten Grunde nur eine kollektivschuld ist, — diese Einsicht über das Durchschnittemaß der bürgerlichen Dichtung hinaus und

daß endlich diese Verkürzung des Arbeitstages ein, wenn auch indirektes Mittel sein kann, zur Verfestigung der Arbeitsinstrumente, ein Ziel, welches die Arbeiter nie aufhören dürfen, mit allen ihren Kräften zu erstreben; — denn die Arbeitsinstrumente, die Maschinen, sollen eine Erleichterung der Mähen für den Arbeiter sein, nicht wie heute ein Mittel der Ausbeutung des Arbeiters und des Gewinnstes für den Besitzer der Maschinen; sie sollen, an Stelle, daß sie heute dazu dienen, den Arbeiter brotlos zu machen, die ganze Klasse der Arbeiter zu einem höheren Kulturzustand erheben, was nur geschehen kann, wenn sie Eigenthum der organisierten Gesellschaft werden,

erklärt der Bund Partito operaio, daß die Nothwendigkeit solcher Umgestaltung den Arbeitern als organisierte Klasse besonders nachdrücklich vor Augen zu halten sei und beschließt:

Der erste Mai soll ein Festtag sein für die Arbeiter der ganzen Welt. Alle Einzelvereine des Bundes Partito operaio italiano werden daher diesen Tag als Festtag feiern in einer Weise, die des Rechtes der Arbeiter auf Bildung und Freiheit würdig ist.

4. Praktische Mittel, um die Organisation des Bundes Partito operaio italiano unter den Landarbeitern auszubreiten und zu entwickeln.

### Beschluß.

Der Kongress erklärt: Wo immer möglich sollen in den Einzelgliedern des Bundes besondere Abtheilungen zum Zweck der Propaganda unter den Landarbeitern gebildet werden. Zu diesem Behuf wird von jedem Einzelverein ein besonderer Beitrag festgesetzt, um unter den Landarbeitern für die Ausbreitung der Grundsätze des Bundes eifrig thätig zu sein, Anhänger, Freunde und Mitkämpfer zu werden.

Auch die Frauenfrage (welche für die Landarbeiter der Lombardei eine besonders wichtige Bedeutung hat) soll der Gegenstand steter Bemühung und öffentlicher Verhandlungen sein.

5. Die Kooperativ-Genossenschaften und ihr Verhältnis zu dem Bunde Partito operaio italiano.

### Beschluß.

Der Kongress, welcher davon ausgeht, daß die Arbeiterbewegung als Befreierin der Arbeiterklasse in allen Dingen wesentlich einen antikapitalistischen Charakter haben muß, erklärt:

Die Kooperativ-Genossenschaften können thatsächlich immer nur eine unvollkommene Anwendung der Grundsätze einer wahren Arbeiter-Genossenschaft bilden. Denn sie können sich nie gänzlich von den kapitalistischen Formen befreien, welche das System des Vorrechtes jedem Handels- oder Industrie-Unternehmen heutzutage nothwendig auferlegt.

Weil aber der Kongress in den Kooperativ-Genossenschaften die Bemühung würdigt und wohl anerkennt, sich der Herrschaft des individuellen Kapitals zu entziehen, giebt er die folgenden Bedingungen an, unter denen diese Genossenschaften der Arbeiterbewegung von Nutzen sein können.

I. Die Konsum-Genossenschaften dürfen keinen irgendwie spekulativen Charakter haben, sondern einfache Einrichtungen zum Austausch von Waaren für die Genossen sein.

II. Die Produktiv-Genossenschaften haben das kapitalistische System der Dividenden abzuschaffen. Alle in diesen Genossenschaften beschäftigten Arbeiter müssen als Theilhaber betrachtet werden und als solche in gleichem Maße mit den übrigen Beitragenden an allen Vortheilen des Unternehmens Anrecht haben.

III. Alle Kooperativ-Genossenschaften haben ihre Zugehörigkeit und ihre Theilnahme an der Arbeiterbewegung durch Gewährung ihrer Lokale sowie durch Beiträge zu betätigen.

IV. Insbesondere müssen sie den Opfern von Streiks ihre Hilfe gewähren.

V. Sie müssen auch theoretisch, soviel sie vermögen, durch Vorträge, Veröffentlichungen und Erklärungen ihre Gegnerschaft gegen das kapitalistische System kund thun.

VI. Alle diejenigen Kooperativ-Genossenschaften, die darauf angelegt sind, ihr eigenes Kapital zu vermehren, müssen wenigstens eifrig bestrebt sein, zugleich die Zahl der Genossen zu ver-

vielfachen ihm die Kraft, nicht etwa ein landesübliches Sittendrama, sondern ein wahrhaft soziales Drama zu schreiben.

Der junge, hochbegabte Künstler, der in die Reize einer großbürgerlichen Sirene verstrickt wird und der, angegriffen von der Verderbnis, die alle Glieder dieser Gruppe ergriffen hat, clend zu Grunde geht und die, welche ihm an theuersten sind, mit sich in den Abgrund hineinreißt, ist ein markanter Typus, den unser Dichter mit scharfem Auge erfaßt und in packender Lebendigkeit abgezeichnet hat. Hallus schwankt er, betrogen um seine Ideale und seiner Schaffenskraft beraubt, von Entschluß zu Entschluß, von der Schwäche zum Verbrechen, und da, wo er rein zu handeln gedenkt, verwandelt sich kraft der furchtbaren Gewalt, die sein Sein und Denken beherrscht, alles zum Gemeinen. Für ihn giebt es kein edles Wollen mehr, und was so scheint, ist nur das Verlangen der Verweigerung. Durch alle Nigen und Poren dringt unangenehmlich der Anstichstoff, er ergreift das unschuldige Mädchen und er verwirrt eine lebende Mutter, er verwickelt alles, was in sein Bereich kommt, er zersetzt die Gewissen und zerstört allgewohnte Ideen, er wirkt mit ungeschwächter Kraft, bis die Auflösung des sieben Gesellschaftskörpers sich vollzogen hat. Der Gebrauch wird zur gesellschaftlichen Institution, und die herrschenden Klassen, Erpächterinnen und Schuttpatroninnen der ins Gedränge kommenden Sittlichkeit, ergänzen die Künstlichkeit der Frau durch die Prostitution des Mannes, und schaffen die Gestalt des homo soutenu, der männlichen Dirne, dieses neue Juventarstück kapitalistischen Familienglücks, dessen heiligen Frieden das verruchte Proletariat gefährdet. Mit festen Strichen zeichnet Sudermann die gräuliche Herrschaft des unterdrückten Weibes im Reiche der Bourgeoisie, des Weibes, das die „Feinen und Reichen“ zwar nicht emanzipirt, aber zur vergötterten Haremssklavin macht, die mit Juwelen und Herzen, mit Menschenwürde und Menschenglück ihr schändes Spiel treibt. Was für Vertreter der oberen Zehntausend zeigt uns Sudermann! Jügellose Genußsucht, schale Vastität, hoffnungsloser Zusammenbruch einer Weltanschauung, welche den Stempel der Gemeinheit an der Stirn trägt, das sind die kennzeichnenden Merkmale, die uns unverhüllt entgegen treten; „Vestien“ und „Hallunken“, das ist der Fünftelast, zu welchem der Held seine Erfahrung über sich und seine Klassengenossen destillirt.

Der Pessimismus, der sich keine Illusionen über den Stand der Dinge macht, entbricht sich nicht, auch das kleinbürgerliche Jöhl, so rührend es erscheinen mag, zu zerstoßen; der Grund, auf welchem es ruht, ist unterwühlt, und die erste beste Plattermine irgend einer gewissenlosen Skolette sprengt es jählings in die Luft. Diese alten Janikows, die sich für ihren Liebling pladen und mühen, sind ein kollektiver Vater Goriot, dessen tragisches Geschick der Meister der Seelenmaterie, Balzac, so ergreifend uns erzählt hat.

mehren, um so die Grundsätze der gesellschaftlichen Theilhaberschaft zu fördern und nicht das Prinzip des kapitalistischen Einzelbestandes zur Herrschaft kommen zu lassen.

VII. Alle Angestellten, Beamte, Verwalter und Direktoren von Kooperativ-Genossenschaften müssen Arbeiter sein.

Zum Schluß wird das Zentralkomitee des Bundes Partito operaio italiano mit seinem vorläufigen Sitz in Alessandria von der Versammlung beauftragt.

Der Kongress zeichnete sich sehr vortheilhaft vor früheren durch Ordnung und würdige Haltung bei kurzen Debatten, durch Ernst und Mühe aus. Es war, als ob der Eindruck des deutschen Parteikongresses zu Halle überraschend sichtbar seine Wirkung ausübte. So gelang es auch, wie erwähnt, leicht, die Störungsversuche der Anarchisten zu vereiteln.

Zu Beginn wurde ein Brief von Filippo Turati verlesen, der die Sympathie und Theilnahme der Sozialisten Mailands (im Namen der Lega socialista milanese) ausspricht und mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde.

Der deutschen Sozialdemokratie wurde sowohl zu Anfang wie zu Ende des Kongresses mit großer Wärme gedacht. Er begann mit der einstimmig ausgesprochenen Zustimmung und dem Beifall für die Anregung und Beteiligung des Zentralkomitees an der zum deutschen Kongress nach Halle gesandten Adresse, und er schloß mit der Begrüßung eines zufällig gegen Abgederter sowohl des internationalen Pariser wie des Hallenser Kongresses war, Wilhelm Körner's aus Köthen. Als dieser, der auf seiner Durchreise nach Rom sich einen Tag in Mailand aufhielt, den Kongress besuchte und vom Vorsitzenden vorgestellt wurde, brach ein echt italienisch-leidenschaftlicher jubelnder Ruf an Deutschland aus. Alle erhoben sich begeistert zu dem Rufe: Evviva la Germania socialista ed operaia! (Es lebe das arbeitende, sozialdemokratische Deutschland!)

## Kommunales.

### Stadterordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 6. November.

Der Vorsitzer, Stadt. Dr. Struß, eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen. Ein Ausschuss ist vor der Sitzung von den Abtheilungen gewählt worden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird der Antrag Materne und Genossen, betreffend die Gestattung des ununterbrochenen Verlaufs in den Räden während der Sonntage in dem Weihnachtsmonat beraten.

Stadt. Materne: Es werde jetzt im Lande Frömmigkeit mit Hochdruck getrieben. (Stadt. Vogtherr: Sehr richtig!) Die Polizeiverordnung, betreffend die „äußere Heiligkeit“ des Sonntags, die 30 Jahre lang milde gehandhabt worden sei, würde jetzt mit äußerster Schärfe angewendet. Die Geschäftsinhaber hätten den Schaden. Viele Arbeiter seien gewohnt, am Sonntag Vormittag zu laufen. Möge der Magistrat den Polizeipräsidenten ersuchen, wenigstens während des Dezember den alten Zustand wieder zu dulden. Diese Erlaubnis würde vielen Geschäftsinhabern eine Weihnachtsfreude sein.

Der Antrag Materne wird ohne weitere Debatte genehmigt. Die Versammlung fordert damit den Magistrat auf, die erforderlichen Schritte beim Polizeipräsidenten zu unternehmen.

Der Tarif für die Abrechnung mit den hiesigen Straßenbahn-Gesellschaften über die für deren Rechnung von der städtischen Bauverwaltung ausgeführten Neu- und Umpflasterungen wird gebilligt.

Die Vorlage, beir. die Errichtung eines neuen Gesindehospitals und den Verkauf des alten Hospitalgrundstücks Koppenstr. 48 wird nach kurzer Debatte an einen Ausschuss verwiesen.

Die Skizze zum Neubau einer einfachen Gemeindefschule auf dem Grundstücke der 91/101. Gemeindefschule, Sneyenastr. 7, wird genehmigt.

„Das Verhängte muß geschehen, das Gefürchtete sich nah'n“, dieses Sodom ist der Vernichtung geweiht, und der Dichter erfüllt bloß seine Pflicht, wenn er ohne Jagen die Wahrheit kündigt. Das Ende einer Welt es kommt heran, und das Sudermann'sche Stück läutet gellend die Sterbeglocke. Zerschmettert liegt die alte Herrlichkeit, und andere Mächte fordern gebieterisch ihr Recht. Wir stehen an der Schwelle einer neuen Epoche, und gewaltige Probleme drängen zur Lösung. Hat Sudermann die Witterung der Nacht in Flammenzügen gezeigt, hat er die Erbarmlichkeit der herrschenden Zustände und deren unaufhaltsamen Niedergang geoffenbart, so bleibt ihm nun noch ein Schritt zu thun übrig. Hinter uns liegt unter starrer Lavadecke ein dres Gräberfeld, hoffnungslos, ohne Frucht und ohne Wachsthum.

Dem Dichter geziemt es, die neuen Keime, die freudig und lebensfrisch emporzrieseln, zu hegen und zu pflegen, seine hohe Aufgabe ist es, auf den Weg hinzuweisen, auf welchem die moderne Menschheit wandeln muß, wozu sie aus dem Chaos sich retten will. Das Schlusswort, das Sudermann seinem sterbenden Helben in den Mund legt: „Ich will nicht sterben, ich will arbeiten“ läßt die Hoffnung in uns rege bleiben, daß der Dichter nicht der öffentliche Ankläger der Bourgeoisie bleibt, sondern ein poetischer Pfadfinder der darbenenden Menschheit werden wird. Freilich, dieser Held, und die soziale Gruppe, welche er vertritt, sind nicht mehr fähig, im Dienste der wahren Zivilisation zu arbeiten, aber hinter ihnen wächst mächtig und mächtiger das Proletariat empor, das berufen ist, die bürgerliche Gesellschaft abzulösen und durch seinen Emanzipationskampf Alle zu befreien. Aus dem Schutte von Sodom wird in reiner Schöne die neue Gesellschaft emporwachsen.

Die Aufnahme, welche die Erstaufführung am Mittwoch fand, bezeugt einen geradezu glänzenden Erfolg. Dichter und Künstler wurden wiederholt gerufen, das Werk und die Darstellung verdienten den reichen Beifall, der mit vollen Händen gesendet wurde. Rainz als Willy Jarikow, Fel. Detsch als Adah, Villi Petri als Ritz, Adolph Klein als Bourgeoisjournalist, die Damen v. Pöllnig und Maxwardt, Fräulein Baste, ein liebreizendes Klärchen, die mit brillantem Erfolge debütierten, Herr Nansenberg als Krämer, die Herren Höder, Stagemann, Molnar, Sauer, Schönfeld verdienen für ihr liebevolles Eingehen auf die Absichten des Dichters, für ihr verständiges, vortreffliches Spiel die lebhafteste Anerkennung.

Stürmisch war der Applaus, begeistert die Hervorrufe, das Publikum war hingerissen. Und unwillkürlich stieg die Erinnerung an jenen denkwürdigen 24. April 1784 auf, an welchem die Blüthe der französischen Aristokratie dem Caron de Beaumarchais für seine Hochzeit des Figaro ungemessenen Beifall gollte, die nichts anderes war, als die schwingvolle Ouverture zur Jahre 1789.







Witte'schen Broschüren ein wahres Kesseltreiben auf ihn eröffnet habe. In übrigen müsse er sich darüber wundern, daß hier wegen einer einzigen Beleidigung Anklage erhoben worden sei, während Herr Witte in seinen Broschüren Hunderte von Beleidigungen gegen ihn geschleudert habe. — Herr Witte erwiderte, daß dieser Artikel nur das Glied eines ganzen Systems sei, welches es darauf abgesehen hatte, ihm seinen ehelichen Namen zu nehmen und es so hinzustellen, daß er in dolofer Weise die Dinge verdunkelt und im Widerspruch mit seiner Eidespflicht den Gerichtshof absichtlich irreführt habe. Das konnte und durfte er sich nicht gefallen lassen und deshalb habe er die Broschüren verfaßt. — Regierungsdirektor Kachel erbot auf Grund dieser beiden Broschüren die Widerlage und dieselben hätten zur Verlesung gebracht werden müssen, wenn nicht die Vergleichsverhandlungen von Neuem begonnen hätte. Herr Witte erklärte sich erst energisch gegen einen Vergleich, auch nachdem ihm der Vorsitzende vorgeführt, daß vielleicht die Sache so ablaufen könnte, daß seine Klage als verfehlt erfolglos bliebe, er dagegen wegen der Broschüren verurteilt würde. Herr Witte erklärte sich schließlich zu einem Vergleiche bereit, wenn Stöcker alle Dinge widerrufen würde, die in dem Artikel stehen, dagegen verweigert sich wieder Herr Stöcker und verlangt, daß Witte den gesammelten beleidigenden Inhalt seiner Broschüren zurücknehme. Nach einem längeren Hin und Wider, drohten die Vergleichsverhandlungen an der Kostenfrage zu scheitern, aber dieser Stein des Anstoßes wurde dadurch beseitigt, daß schließlich — beide Verteidiger vortraten und sich zur persönlichen Uebernahme der gerichtlichen Kosten bereit erklärten. Darauf hin kam endlich folgender Vergleich zu Stande: „Beide Parteien erklären, daß in den gesammelten zwischen ihnen vor der Öffentlichkeit stattgehabten Auseinandersetzungen Keinen von ihnen die Absicht inne gewohnt hat, die Person des Gegners lächnend anzugreifen, daß es sich vielmehr nur um Zwischenfälle sachlicher Art gehandelt hat. Es wird beiderseits aus gerichtliche Verfolgung etwaiger gesellener Beleidigungen verzichtet und Klage und Widerklage zurückgenommen.“

**Die kürzlich wegen Möbelschwindels verurteilten** Handelsmann Wilhelm Bensch und dessen „Wirtshausleiterin“, die unverheiratete Wilhelmine Ludwig, standen gestern wegen ganz gleicher Verbrechen vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. In diesen Fällen war noch eine dritte Angeklagte, die unverheiratete Henriette Barann, beteiligt. Es war dies ein junges Mädchen, welches von den beiden Angeklagten in eine von den beiden letzteren ausgestatteten Wohnung gesetzt worden war. Da die Barann polnisch sprach, so hielten die Angeklagten es für angemessen, eine Anzeige zu veröffentlichen, wonach eine „junge Polin“ schleunigst ihr werthvolles Mobiliar zu Spottpreisen veräußern müsse. Es meldeten sich Käufer in Menge, kam ein Geschäft zum Abschluß, so sahen die Käufer sich betrogen. Eine Frau, welche das für sie so unvortheilhafte Geschäft rückgängig gemacht haben wollte, wurde von der Angeklagten Ludwig unter Mißhandlungen zur Wohnung herausgetrieben. Der Angeklagte Bensch behauptete, daß die vorliegenden Fälle ihn nichts angingen und daß die Ludwig diese Geschäfte für eigene Rechnung gemacht hätte. Der Gerichtshof hielt in den vorliegenden Fällen nur die Angeklagten Ludwig und Barann für schuldig, die Erstere wurde zu 1 Jahr 3 Monaten, die Letztere zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt.

**Wohl selten** war ein Schöffengericht in der Lage, ein so hartes Urtheil zu fällen, wie gestern die 88. Abtheilung. Aus der Untersuchungshaft wurde der 23jährige Friedrich Giese vorder geführt, der durch eine unerhörte Rohheit ein Menschenleben in Gefahr gebracht hatte. Der Angeklagte wurde eines Abends von dem Portier Salzmann dabei ertappt, als er den Hof des Hauses, welches von letzterem verwaltet wurde, verunreinigte. Von dem Portier zur Rede gestellt, griff Giese diesen thätlich an. Die Ehefrau Salzmann, welche ein kleines Kind auf dem Arme trug und demnächst ihrer Niederkunft entgegen sah, trat zwischen die Streitenden, um sie zu trennen. Der Angeklagte wandte sich gegen die Frau, ergriff sie und warf sie herauf mit großer Gewalt zu Boden. Frau Salzmann ist durch diese Mißhandlung in große Gefahr gerathen. Das herbeileidende Publikum wurde gegen den Thäter dermaßen empört, daß es ihm zunächst eine harte Luchjustiz angedeihen ließ und ihn dann zur Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten.

**Am Herbergriffe eines Sicherheitsbeamten** handelte es sich in einer Anklage wegen Körperverletzung, die gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen den kaiserlichen Wächter M. A. Frankl zur Verhandlung gelangte. Der Schuhmachermeister Lehmann, der von dem Angeklagten eine höchst rohe Behandlung erlitten hat, gab folgende Darstellung von dem Sachverhalte: In der Nacht zum 17. März sei er mit zwei Bekannten durch die Wiltonstraße gegangen. Hinter ihnen gingen andere, ihnen völlig unbekannt Personen, welche lauten Lärm machten. Bald darauf kam infolge dessen der Angeklagte herbeigeeilt. Die Ruhestörer zogen es vor, die Flucht zu ergreifen und der Wächter mochte wohl in dem Irrthum befangen sein, daß Lehmann und seine Begleiter zu derselben Gesellschaft gehörten, denn er ergriff einen von ihnen, den er aufforderte, mit zur Wache zu folgen. Lehmann sprach seine Verwunderung darüber aus, worauf der Ergriffene sich plötzlich losriß und die Flucht ergriff. Jetzt bemächtigte der Angeklagte sich des Zeugen Lehmann, den er gleich so anpackte, daß ihm der Krager zerriß und seine Kravatte zer Gerde fiel. Lehmann verlangte eine schonendere Behandlung, der Wächter zog aber die Notzöpfe, ein zweiter Wächter eilte herbei und nun zog Lehmann es vor, gutwillig zu folgen. Auf dem dunklen Fluß, der zur Polizeiwache führte, wurde Lehmann plötzlich ohne jede Veranlassung von dem Angeklagten geschlagen, er habe versucht wieder zu schlagen, wurde daran aber von dem zweiten Angeklagten und den herbeileidenden Schuldeuten verhindert. Der Angeklagte habe dabei gerufen: „Der Kerl will mit dem Messer stechen!“ Der Zeuge sei darauf mit den Schuldeuten die Treppe hinaufgegangen und nun sei der Angeklagte von hinten wieder auf ihn losgestürzt und habe ihn mehrfach mit dem Kopfe gegen das Treppengeländer geschlagen. Nach dem ärztlichen Urtheil hat Lehmann eine klaffende Wunde am Hinterkopf gehabt. Der Angeklagte bestritt, daß er der Angreifer gewesen, er habe sich vielmehr nur im Zustande der Nothwehr befunden. Während die Zeugen bei ihrer ersten Vernehmung den Angeklagten belastet haben, gaben sie in der Hauptverhandlung eine Schilderung ihrer Wahrnehmungen dahin, als könne der Zeuge sich durch Stolpern auf der Treppe und durch Gegenschlagen des Kopfes gegen einen Treppengeländer die Wunde zugezogen haben. Der Staatsanwalt verlangte nicht, daß der Angeklagte vielleicht allzu energisch vorgegangen sei und eine Klage seitens seiner Behörde verziene, er halte den Sachverhalt aber nicht für genügend aufgeklärt, um ihn daraufhin seine Verurtheilung beantragen zu können, er stelle deshalb die Freisprechung anheim. (Nurlich!) Der Gerichtshof aber der Ansicht, daß der Angeklagte seine Befugnisse überschritten habe und daß mindestens der letzte Angriff auf der Treppe ein unmotivierter gewesen, es wurde deshalb auf eine Geldstrafe von 50 M. erkannt.

**Einen erneuten Beitrag für den Segen der Berufungsinstitut** lieferte gestern der Ausgang einer Anklage wegen Unterschlagung und Diebsteh, welche gegen den Kaufmann Hermann Kerber und Franklein Amalie Kurfürst vor der dritten Strafkammer Berliner Landgerichts I verhandelt wurde. Kerber war vom Schöffengericht wegen Unterschlagung eines Regenschirmes, letztere wegen Ansbirgung desselben (Diebsteh) zu je einer Woche Gefängnis verurtheilt worden. Beide hatten sich in März d. J. an einem Sonnabend Abend mit diversen Bekannten in einem Lokale befunden. Beim Fortgehen vermißte Kerber seinen Regenschirm, und da es gerade regnete, nahm er

einen dort stehenden Damenschirm an sich und überließ denselben der Mitangeklagten, seiner Braut, zur einstweiligen Benutzung bis zum Wiederanstehen der Schirme. Der mitgenommene Schirm gehörte aber einer Dame, welche sich nicht in der Gesellschaft der Angeklagten befunden hat. Da er in das Lokal nicht zurückgebracht wurde, ließ dieselbe durch die Kriminalpolizei Nachhaken nach ihrem Schirm anstellen, welcher demnächst bei Fräulein Kurfürst gefunden wurde. Das Schöffengericht hat bei dieser Sachlage angenommen, daß Kerber die Absicht hatte, den mitgenommenen Schirm für sich zu behalten, sowie daß die Angeklagte Kurfürst beim Empfang dieses Damenschirms wissen mußte, daß ihr Bräutigam denselben durch eine strafbare Handlung erlangt hat. — In der Berufungsinstitut verfierte der Angeklagte Kerber, daß er den Schirm lediglich deshalb nicht gleich zurückgeliefert habe, weil er mit seinen Bekannten Anfangs April wieder zusammentreffen mußte, wo diese Angelegenheit recht gut noch erledigt werden konnte. Es wurde in der That auch erachtet, daß sein Schirm von diesen mitgenommen worden war. Der Gerichtshof schenkte den Angeklagten vollen Glauben und erkannte auf deren Freisprechung.

## Versammlungen.

### Die freien Hilfskassen.

Eine zahlreich besuchte Versammlung von Mitgliedern der freien eingeschriebenen Hilfskassen tagte am Mittwoch Abend unter Vorsitz der Herren Kuhnke, Schindler und Müller, dem derzeitigen Vorstande der hiesigen Kommission der freien eingeschriebenen Hilfskassen. Die Versammlung war zu dem Zweck einberufen worden, Stellung gegen den im vorigen Monat herausgelassenen Entwurf einer Novelle zum Krankenlaffen-Gesetz, welches den freien Hilfskassen schwere Nachteile bringt, Stellung zu nehmen. Herr Redakteur Schütte hatte dazu das Referat übernommen und führte etwa folgendes aus:

Mit dem Krankenlaffen-Gesetz vom 15. Juni 1883 ist nicht nur ein Kassenzwang, sondern es sind auch Zwangskassen geschaffen worden. Vieles in diesem Gesetze entspricht weder den Wünschen der Zwangskassen-Vorstände, noch denjenigen der freien Hilfskassen. Es wurde bald laut, daß die Regierung eine Abänderung beabsichtige, um, wie Herr von Böttcher einmal erklärte, Licht und Schatten auf Ortskassen und freie Hilfskassen gleichmäßig zu vertheilen. Jetzt erst ist die Novelle herausgenommen und man könnte sie das „Mädchen aus der Fremde“ nennen, die „jedem etwas bringt“. Leider hat sie nicht viel Gutes gebracht. Die Novelle enthält eine Anzahl derartig drakonischer Bestimmungen gegen die freien Kassen, daß wir sie nicht mit Stillschweigen übergehen können.

Ich habe dabei vornehmlich die §§ 49a, 49b, 50, 75a und 75b im Auge. Diese Paragraphen enthalten Bestimmungen, welche, falls sie zum Gesetz erhoben würden, den freien Kassen bald den Garaus machen würden. § 49a fordert von den Vorständen der freien Hilfskassen, daß sie das Ausschreiben ihrer Mitglieder bei einer Strafe bis zu 300 M. innerhalb 8 Tagen dem Vorstande der Ortskasse melden und dabei den Aufenthalts- und Beschäftigungsort des ausgeschriebenen Mitgliedes angeben. Letzteres ist geradezu ein Ding der Unmöglichkeit. Gegen Einführung dieser Bestimmung müssen wir uns wehren. § 50 besagt: Unterläßt die freie Hilfskasse die Anmeldung des ausgeschriebenen Mitgliedes bei der Ortskasse, so ist sie verpflichtet, im Falle einer Krankheit alle für das ausgeschriebene Mitglied entstandenen Kosten der Ortskasse zu ersetzen. Die freie Hilfskasse soll hier in Fällen zahlen, wo sie gar keine Beiträge mehr erhält; das entspricht nicht dem Gerechtigkeitsempfinden. Beide Paragraphen sind nur dazu da, den Ortskassen auf die Beine zu helfen. § 75 bestimmt, daß Personen nur dann von der Zugehörigkeit zu den Zwangskassen befreit sein sollen, auch wenn sie Mitglieder freier Kassen sind, wenn sie rechtzeitig einen dahingehenden Antrag bei der Ortskasse stellen. Der indifferente Arbeiter wird solche Anträge nicht stellen. Die freien Kassen werden an Mitglieder-Schwindelnacht zu Grunde gehen. Wir müssen auch hiergegen protestiren und unseren Vertretern im Reichstage zeigen, welche Anträge sie zu stellen haben.

§§ 75a und b machen die Genehmigung von Statuten, die Entscheidung von Streitigkeiten bei lokalen Kassen von der Landeszentralbehörde, bei Kassen, welche über das Gebiet eines Bundesstaates hinausgehen, vom Reichsfinanzamt abhängig. Wir wollen zur endgiltigen Regelung von Streitigkeiten zwischen freien und Zwangskassen ein Reichs-Krankenlaffen-Amt eingeführt sehen, in der Art, wie das Reichs-Vericherungsamt in Unfallsachen bereits besteht. Redner hat seine Ausführungen in folgende Resolution zusammengefaßt und bittet um deren Annahme.

Die heutige, am 5. November 1890, im Joell'schen Saale zu Berlin tagende öffentliche Versammlung der Mitglieder freier eingeschriebener und auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteter Hilfskassen protestirt gegen die Einführung der in dem Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Gesetzes, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883, enthaltenen, der freien Entwicklung und Bewegungsfreiheit der freien eingeschriebenen Hilfskassen entgegenstehenden Bestimmungen. Sie protestirt insbesondere gegen Einführung von Bestimmungen, wie solche in den §§ 49a, 49b, 50, 75, 75a und 75b des Entwurfs enthalten sind und soweit sie den Hilfskassen und deren Mitgliedern Pflichten auferlegen, welche dieselben zu erfüllen einstweilen nicht in der Lage sind, andererseits mit der von Herrn Minister v. Böttcher neuerzeit gegebenen „Lassischen“ Erklärung, daß durch eine Reform des Gesetzes „Licht und Schatten“ zwischen den Zwangskassen einerseits und den freien Hilfskassen andererseits gleichmäßiger vertheilt werden solle, in direktem Widerspruch stehen und nichts anderes, als nur unnötige Belastigungen für die freien Hilfskassen in sich schließen. Die Versammlung erklärt sich im Prinzip mit den Beschlüssen des am 14., 15. und 16. November 1888 zu Gera abgehaltenen Kongresses freier eingeschriebener Hilfskassen, soweit solche nicht bereits veraltet und mit den seit her gesammelten praktischen Erfahrungen in Widerspruch stehen, einverstanden und beauftragt das Bureau der heutigen Versammlung — den Vorstand der Kommission freier eingeschriebener Hilfskassen zu Berlin — in diesem Sinne bestimmte Anträge zu formuliren und diese dem demnächst in Berlin stattfindenden Kongress freier Hilfskassen als Material zu unterbreiten. Im Falle der geplante Kongress nicht zu Stande kommen sollte, die so formulirten Anträge aber einer demnächst einzuberufenden öffentlichen Versammlung von Mitgliedern freier Hilfskassen zur Beschlußfassung vorzulegen, um dieselben eventuell dem deutschen Reichstage zu übermitteln.

In der ähnerst lebhaft, aber stets sachlich gehaltenen Diskussion nahm zunächst Herr Meinel das Wort. Der Zweck der Novelle ist unverständlich. Jeder sucht sich seinen Vortheil am besten zu wahren und den findet er heute entschieden bei den freien Kassen. Ich bin deshalb gegen jede Beschränkung der freien Hilfskassen und empfehle die Resolution Schütte zur Annahme.

Fischer Carad. Das einzige Orte an der Novelle ist die Einbestellung der Angehörigen des Kaufmannsstandes in den Kassenzwang. Der Kaufmann ist heute eben so gut Arbeiter, wie jeder Dicker, das Proletariat im Kaufmannsstande ist häufig noch größer als in anderen Ständen. Licht und Schatten sind in dem Entwurf nicht gleichmäßig vertheilt, denn die Innungen sind wieder bevorzugt worden. Der Kongress freier Hilfskassen ist mit Freuden zu begrüßen, ein Protest derselben wird auch nicht ungehört verhallen. Ein großer Uebelstand im Entwurf ist der, daß fortan Streitigkeiten nicht mehr im Gerichts- sondern nur im Verwaltungswege geschlichtet werden sollen. — Redner hält die Resolution Schütte nicht für erschöpfend und beantragt zur Ergänzung derselben die folgende:

„Die heute, am 5. November 1890 in Joell's Salon zahlreich

besuchte öffentliche Versammlung von Mitgliedern der freien Hilfskassen erklärt im Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten, Herrn Redakteur Schütte, und nach eingehender Debatte:

1. Daß der von der Reichsregierung eingebrachte Entwurf zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter im allgemeinen wenig Erfriehliches für die zu versichernden Arbeiter enthält und als eine Verschlechterung gegen das bestehende Gesetz zu betrachten ist,
2. daß die freien Hilfskassen und besonders die Zentralkassen, wenn der Entwurf Gesetz werden sollte, in ihrem Weiterbestehen gefährdet und das weitere segensreiche Wirken dieser Kassen geradezu zur Unmöglichkeit gemacht werden würde;
3. daß die im Entwurf in Aussicht genommene vollständige Bureaufaktisierung des gesammten Kranken-Vericherungswesens den Mitgliedern das Interesse an der Verwaltung gänzlich verleißen, der weitgehenden Ausbeutung der Kassen durch indifferente Mitglieder Vorschub leisten und somit eine enorme Steigerung der Beiträge herbeiführen würde.

Die Versammlung erwartet, daß der demnächst stattfindende Kongress der freien Hilfskassen einen festen Zusammenschluß aller freien Hilfskassen herbeiführen, energisch gegen die bezüglichen Bestimmungen des Entwurfs Stellung nehmen und dem Reichstage die Wünsche der in einer so großen Zahl durch die freien Hilfskassen versicherten Arbeiter in geeigneter Weise zur Kenntniß bringen wird.

Herr Ahlfeld geistelte die Mißstände der Ortskassen und meint, es sei Pflicht der zielbewußten Arbeiterschaft, die freien Hilfskassen aufrecht zu erhalten.

Klempner Engler richtete an die Mitglieder der Ortskassen die Bitte, aus denselben auszutreten und sich den freien Hilfskassen anzuschließen und dadurch einen Protest gegen die Novelle zu erheben.

Herr Buder: Die Ortskassen sind gut für indifferente Arbeiter, die Regierung sollte keinen Druck auf die freien Kassen ausüben. Wir müssen in Zukunft danach trachten, daß uns das bishigen Licht, welches die freien Kassen noch haben, nicht genommen wird. Die Bestimmungen des § 49 zücht das Demunziantenthum und stellt die Arbeiter noch mehr unter die Aufsicht der Polizei.

Goldarbeiter Holtkamp wunderte sich, daß in der Novelle nicht den freien Kassen das Recht beschränkt wird, eine Altersgrenze und ärztliche Untersuchung vor der Aufnahme als Bedingung zu stellen. Habe man doch in Erfurt deshalb die Zugehörigkeit zu einer freien Kasse als nicht ausreichend für die Befreiung von dem Zwange der Ortskasse beizutreten erklärt. Bei der heutigen Tragsführung der freien Kassen sei ein Reichs-Kranken-Vericherungsamt zwingende Nothwendigkeit geworden.

Herr Heidemann: Ich halte die Abänderungs-Paragrafen für ein richtiges Kind des Junitsopfes. Die Wanderkontrolle, wie sie § 49b bestimmt, kann nur dem Kopfe eines Juntsmeisters entsprungen sein. Wenn die 900 000 Mitglieder der freien Kassen protestiren, so wird das schon Erfolg haben.

Herr Dietrich: Ich glaube die Novelle langst begraben; jedenfalls hat der große Begräbnistag am 30. September dieses Kind gezeitigt. Von den Kassengeldern darf nichts genommen werden. Soll nun der Verwalter eine Strafe aus Privatmitteln bezahlen? Schon aus diesem Grunde ist der Entwurf völlig zu verwerfen. Wir wollen einen Massenaustritt aus den Ortskassen inszeniren, das wird ein noch besserer Protest sein als es die beiden Resolutionen sind.

Herr Feische beantragt, beide Resolutionen zu verschmelzen, in 14 Tagen eine neue Versammlung einzuberufen und zu derselben mehrere Reichstags-Abgeordnete einzuladen. Er hat, alle etwaigen Anträge zu dem Entwurf an den Vorsitzenden der Kommission freier Hilfskassen, Herrn Kuhnke, Oberwasserstr. 6, gelangen zu lassen.

Herr Sander ist wohl für die Resolutionen, verspricht sich aber von einer Petition an den Reichstag keinen Erfolg. Redner schlägt vor, zu dem Kongresse einen mit der Materie vollständig vertrauten sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten einzuladen und diesen für die Vertretung der gesägten Beischlässe im Parlament zu gewinnen.

Nachdem die Herren Carow, Engler, Hoppe und Schütte gegen den Antrag Feische gesprochen, wird dieser mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Die beiden Resolutionen werden einstimmig angenommen.

Damit erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Eine öffentliche Versammlung** sämmtlicher in den Glacé- und Kartonnpapier-Fabriken Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 5. d. M. unter Vorsitz des Herrn Veier. Die von Arbeitern und Arbeiterinnen gut besuchte Versammlung hörte zunächst einen anregenden Vortrag des Herrn Frit Delze über das Thema: „Der Normalarbeitsstag und seine Bedeutung.“ In kräftigen Umrissen zeichnete der Vortragende die heutige privatkapitalistische Produktionsweise mit ihren unabweidlichen Konsequenzen, die das industrielle Proletariat zum Anhängsel der Maschinen herabdrückt, und legte dar, daß eine zeitgemäße Verkürzung der Arbeitszeit für jeden zielbewußten Arbeiter geboten sei und ein Normalarbeitsstag für die Arbeiterorganisationen als zu erstrebendes Ziel hingestellt werden müsse. Die Einführung eines Normalarbeitstages (zum Beispiel 10 Stunden) würde allerdings große Umwälzungen hervor bringen, würde viel zum Ruine des Klein-Kapitalismus und Kleinrentnerthums beitragen, weshalb derselbe in diesem die erbittertesten Gegener finde. Für die Arbeiterschaft dagegen sei der gesetzliche Normalarbeitsstag von weittragender Bedeutung. Wenn auch durch eine Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit die industrielle Reservearmee nicht beseitigt werde, so werde doch dadurch die allgemeine Lage der Arbeiterschaft gehoben und es werde ermöglicht, die Arbeiterorganisationen auszubauen und dieselben dem kapitalen entgegenzustellen. Jeder zielbewußte Arbeiter müsse sich die Verkürzung der Arbeitszeit zur selbstigen Aufgabe machen und aus Ueberzeugung aus einem auf ausgedehntere Arbeitszeit basirenden Mehrerwerb bei „Salsonarbeit“ zu Gunsten der hungernden Arbeitslöhner verzichten. Das Ziel der Arbeiterorganisationen müsse ferner sein, die heutige privatkapitalistische Produktionsweise umzuwandeln in eine genossenschaftliche (gesellschaftliche). Dem Vortragenden sollte die Versammlung lebhaften Beifall. In der folgenden lebhaften und ausgedehnten Diskussion sprachen die Herren Günther, Hübenthal, Feldmann, Jahn und zum Schluß der Referent. Alle Redner beleuchteten die heutigen sozialen und politischen Verhältnisse und betonten namentlich die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiterinnen. — Unter Verschiedenem wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es nicht angebracht ersehe, den bevorstehenden Gewerkschaftskongress ebenfalls durch Delegirte zu leiten. Dieser Gedanke fand allgemeinen Anklang. Frau Sabicht trat mit großer Wärme dafür ein, daß auch mindestens eine Vertreterin der Arbeiterinnen zum Gewerkschaftskongresse delegirt werden möge, da die Zusammengehörigkeit von Arbeitern und Arbeiterinnen unbestritten sei. Die Wahl wurde auch unzerzagtlich vollzogen und wurden Frau Sabicht und Herr Veier delegirt. Die Diätenfrage wird eine spätere Lösung finden. Es wurden noch verschiedene gewerkschaftliche Angelegenheiten besprochen und erst in später Nachtstunde gingen die Versammelten mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung aus.

**Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung** fand am 3. November unter Vorsitz des Kollegen Dost statt. Herr Th. Glöck referirte über den Parteitag und seine Bedeutung für die Gewerkschaften. Er legt in eingehender Weise auseinander, wie die Organisationen sich gebildet haben und gab einen Abriss ihrer Geschichte. Nachdem das Sozialistengesetz gefallen ist, werden sich die Organisationen etwas anders gestalten müssen. Redner beleuchtet die bez. Verhandlungen auf dem Parteitag und schloß sein Referat mit einem warmen Appell an die Arbeiter, sich der



